

um so früher die Beseitigung aller Mißstände und die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage für die Mitglieder erreicht werden.

Wie dringend notwendig in der gegenwärtigen Zeit die Aufklärung und gewerkschaftliche Schulung ist, erhellt aus den tagtäglichen Vorkommnissen im Lager unserer Gegner. Die Führer der Unternehmer kennen viel besser unsere Verbandseinrichtungen und studieren viel eifriger unsere getroffenen Neuerungen, als es viele der Mitglieder tun. Das Unternehmertum betrachtet die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr wie vor Jahrzehnten als vorübergehende Erscheinung, die keiner Betrachtung wert ist, es ist heute zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit der Arbeiterbewegung als Faktor im gewerblichen Betriebe gerechnet werden muß. Um so mehr ist dann die Pflichterfüllung der Organisationsmitglieder notwendig.

Der § 29 des neuen Statuts befaßt über die „Allgemeinen Pflichten der Mitglieder“:

Jedes Mitglied ist verpflichtet, für die Ausbreitung des Verbandes und die Erreichung des Zweckes desselben zu wirken, sowie allen Anordnungen des Verbandsvorstandes nachzukommen und die ihm eventuell übertragenen Ämter gewissenhaft zu verwahren.

Jedes Mitglied ist bei einem etwaigen Aufenhaltswechsel verpflichtet, sich innerhalb 14 Tage bei der bisherigen Ortsverwaltung ab- und bei der neuen anzumelden.

Was hier von den Mitgliedern verlangt wird, ist nichts Uebermenschliches, sondern eine Selbstverständlichkeit, die in unserem Wirken innerhalb der Organisation gegeben ist. Wenn aber Mitglieder sich um ihre Verpflichtungen drücken wollen, dann ist auch die Organisationsleitung nicht in der Lage, allen Anforderungen, die von ihr nach dem Statut beansprucht werden können, nachzukommen. Mancher Plan muß hinausgeschoben, manche wichtige Aufgabe muß zurückgestellt werden.

Eines bedingt also das andere. Der innige Konnex zwischen den Mitgliedern und der Verbandszentrale ermöglicht es nur allein, das geschaffene Gesetz im vollen Umfange zu verwirklichen. Und es kann auch niemals Platz greifen, daß solche Mitglieder, die ihre Pflichten vernachlässigen, dieselben Rechtsansprüche geltend machen können wie die pflichtbewußten Verbandsangehörigen. Bleibt das Mitglied den Versammlungen fern, so vergräbt es damit das Recht, die gefaßten Beschlüsse nachträglich einer Kritik zu unterziehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Meinungsfreiheit verpönt ist. Es ist jedoch falsch, wenn an Orten die Ansicht der Minorität vertreten wird, wo Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt werden. In den Versammlungen wird sich die Minderheit zu jeder Zeit Geltung verschaffen, wenn sie in sachlicher Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringt.

Ebenso liegt es in bezug auf die Beitragsleistung. Die Verbandszugehörigkeit sichert dem Mitglied Unterstützung bei Wanderschaft, Arbeitslosigkeit und Krankheit (Erwerbslosenunterstützung), ferner Mafregelungs-, Streit-, Umzugs- und Notunterstützung, sowie Sterbegeld an die Hinterbliebenen. Das Recht auf Unterstützung setzt die Pflichterfüllung in der pünktlichen Beitragsleistung voraus. Wie schon oben gesagt wurde, geht das Mitglied bei dreizehnwöchigem Beitragsrückstand aller erworbenen Rechte verlustig. Dieser Anordnung schenken leider viele Mitglieder noch zu wenig Beachtung, bauend auf die Nachsicht der Funktionäre und der Zentrale. So mancher mußte mit seinen Unterstützungsansprüchen abgewiesen werden, und oftmals war die Folge dann, daß er die von ihm mit geschaffenen Bestimmungen als untauglich erklärte, obgleich er selbst der schuldige Teil war. Gewiß kommen Fälle vor, wo Unglück und Not der regelmäßigen Beitragsleistung hindernd im Wege stehen. In solchen Fällen ist die Einrichtung getroffen, daß Mitglieder Zahlungsaufschub (Stundung der Beiträge) verlangen können; eine Bestimmung, welche die Mitglieder vor dem Verlust der Unterstützung sichert. Nur allzu wenig wird davon Gebrauch gemacht; wiederum andere sind der Meinung, der Kassierer ist von der Kollage unterrichtet und wird ganz selbstverständlich den Stundungsvermerk in der Mitgliederliste vornehmen. Es ist nicht die Aufgabe eines Vorstandsmitgliedes, sondern der Mitglieder selbst, dafür zu sorgen, daß sie

ihre statutarischen Rechte nicht verlieren. Wo das nicht geschieht, erfolgt der Ausschluß eines Mitgliedes, wenn es länger als 13 Wochen mit seinen Beiträgen restiert, ohne um Stundung nachgesucht zu haben. Werden jedoch die rückständigen Beiträge innerhalb eines Jahres nachbezahlt, so wird der erfolgte Ausschluß rückgängig gemacht. Recht häufig ergeben sich die größeren Beitragsrückstände aus der Lässigkeit der Mitglieder. Besonders bei jüngeren Kollegen, die erst der Organisation beigetreten sind, stößt man sehr häufig noch auf diesen Mißstand. Die Schuld daran liegt in der An- und Abmeldung der Arbeitsstätte oder bei der Abreise nach einem anderen Ort. Der Stellenwechsel bei den jüngeren Kollegen ist weit mehr anzutreffen, als bei den älteren Mitgliedern, und damit hängt der Drang, sich die Welt anzusehen, auf das engste zusammen. Dabei wird sehr oft vergessen, den Verpflichtungen als Gewerkschafter nachzukommen, der Ortsverwaltung bei einem Stellenwechsel die neue Adresse mitzuteilen, sich bei der Abreise abzumelden oder bei der Ankunft in dem anderen Ort bei der dortigen Verwaltung wieder anzumelden. Der Prozentsatz, der auf diese Weise durch das eigene Verschulden um ihre Rechte gekommen ist, ist in unserer Organisation noch sehr groß; Abhilfe kann durch das Wirken aller Mitglieder geschaffen werden.

Der Ausschluß aus der Organisation erfolgt ohne weiteres bei Mitgliedern die

- a) sich Handlungen zuschulden kommen lassen, welche dem Interesse des Verbandes entgegenwirken;
b) den Anordnungen des Verbandsvorstandes oder der Ortsverwaltung, soweit dieselben durch Statut begründet sind, nicht Folge leisten.

Lassen sich Mitglieder soweit hinreißend und handeln in gröblicher Pflichtverletzung gegen die Organisation, so müssen solche Schädlinge aus unserer Mitte entfernt werden. Für diese ist auch kein Platz in einer Vereinigung, wo: Alle für einen, und einer für alle handeln muß. Sie schaden dem Ganzen weit mehr, als sie je imstande sind, der Allgemeinheit nützen zu können; sie bringen den Verband bei den Gegnern in Mißkredit. Für solche kann auch kein Platz sein in einer Vereinigung, welche die Interessen der Berufsangehörigen wahr und vertritt. In den meisten dieser Fälle kann die Beobachtung wahrgenommen werden, daß der weitaus größte Teil der Ausgeschlossenen oberflächlich mit ihrem Denken an der Bewegung hängen blieben und sich den Aufbau der Organisation nach ihren Eindrücken zurecht legten; in die Tiefe zur Erforschung des Aufbaues konnten sie nicht dringen, um den Zusammenhang und die Ursachen der Arbeiterbewegung zu erfassen. In einem zweiten Teil werden wir die sich aus dem Statut ergebenden Mitgliederrechte besprechen.

Vom französischen Gewerkschaftskongress.

Vom 3. bis zum 8. Oktober tagte dieser Kongress in dem historisch berühmten „Jacobineraal“ zu Toulouse. Dieser Saal war ehemals ein klösterlicher Speisesaal; zur Revolutionszeit bildete sich dort der Jakobinerklub; heute empfängt die Toulouser Gemeinde ihre offiziellen Gäste darin, und alle großen Redner der sozialistischen Partei hielten dort Versammlungen ab. Der Kongress war von 420 Delegierten besetzt, die 30 Arbeitsbörsen, 46 Föderationen und 1390 Syndikate vertraten.

Aus dem Tätigkeits- und Finanzbericht folgendes: In einer starken Broschüre führt der Tätigkeitsbericht der Arbeitskonföderation alle die Tatsachen an, mit denen Regierung und Unternehmer die Arbeiterklasse vom Marxeiller Kongress (1908) bis zum Juli dieses Jahres geplagt haben; und die Mittel des Widerstandes, mit denen die Arbeitskonföderation als das Organ der organisierten Arbeiterschaft geantwortet hat.

Ein paar Zahlen: Die Zahl der der Arbeitskonföderation (Generalkommission der Gewerkschaften) angeschlossenen Föderationen ist von 63 Föderationen im Jahre 1908 auf 57 Föderationen und 8 isolierte Syndikate gestiegen; der Rückgang der Zahl der Föderationen ist nur relativ, ist nur auf die Durchführung des Beschlusses des Marxeiller Kongresses zurückzuführen; keine Berufsföderationen mehr zu gründen und die bestehenden in Industrieföderationen umzuwandeln. Die Zahl der diesen Föderationen angehörenden Syndikate ist von 2586 mit 284 321 Mitgliedern (1908) auf 3012 mit 357 814 Mitgliedern (1910) gestiegen. 36 Berufs- und Industrieföderationen haben in den Berichtsjahren stattgefunden. Der Finanzbericht weist vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1910 folgende Zahlen auf: Einnahmen für Beiträge der

Föderationen und der Arbeitsbörsen Fr. 37 828,20, für Beitragsmarken Fr. 17 782,10, für Konföderationsmarken Fr. 1284,65, Verschiedenes Fr. 10 516,20. Total Fr. 67 981,15. Ausgaben total Fr. 64 901,80. Der Kassenbestand vom 30. Juni 1908 betrug Fr. 7149,70, der vom 30. Juni 1910 Fr. 10 229,05. Der Bericht des Zentralorgans der französischen Organisationen, die „Voix du Peuple“, weist auf: Einnahmen Fr. 49 669,15, davon Fr. 27 848,75 für Abonnements; Ausgaben Fr. 48 051,75. Dem Kassenbestand vom 30. Juni 1908 in der Höhe von Fr. 872,95 steht ein Kassenbestand von Fr. 1990,85 am 30. Juni 1910 gegenüber. Die Bilanz der Kommission des Achtstundentages und des Generalkongresses zeigt eine Einnahme von Fr. 8621,80, eine Ausgabe von Fr. 2858,20, einen Kassenbestand von Fr. 591,15 Ende Juni 1908 und einen solchen von Fr. 1354,25 am 31. Dezember 1909. Die Streikkasse endlich weist vom 30. Juni 1908 bis 30. Juni 1910 auf: Einnahmen Fr. 61 444,50, Ausgaben Fr. 59 694,25, Kassenbestand 1908 Fr. 478,80, Kassenbestand 1910 Fr. 2224,05.

Bevor wir nun auf die Verhandlungen des Kongresses eingehen, dürfen wir die Meldung der Anwesenheit des Genossen Sassenbach als Delegierten der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und die des englischen Delegierten Appleton nicht unterlassen. Und zwar nicht nur deshalb, weil die bloße Anwesenheit dieser beiden auswärtigen Vertreter schon ein außerordentliches Ereignis war, sondern auch deshalb, weil die warmen Worte internationaler Solidarität des Genossen Sassenbach und dessen Einladung einer Delegation der Arbeitskonföderation nach Deutschland einen gleich großen Sturm begeisterter Annahme bei allen Vertretern des französischen Proletariats (ob revolutionäre, ob reformistische) hervorgerufen hatte.

Die Wahl der Mandatsprüfungskommission und die Diskussion über deren Bericht nahm dem Kongress, trotz der vorbeugenden Beschlüsse des Marxeiller Kongresses, wieder drei kostbare halbe Tage. Der Ausschluß von vier Syndikaten des Seine-Departements wurde auf Antrag der Kommission vom Kongress bestätigt.

Außer den Punkten administrativer Ordnung waren noch fünf Punkte auf der Tagesordnung, die durch ein Referendum festgestellt wurden. Nach früheren Kongressbeschlüssen sollte eigentlich nur vier Punkte den Kongress beschäftigen; da aber die zwei Gegenstände: antimilitaristische Propaganda und Arbeitsunfälle, die gleiche Stimmenzahl erhielten (je 36) und das Komitee der Konföderation nicht zur Streichung einer dieser beiden Gegenstände ermächtigt zu sein glaubte, hatte der Kongress fünf Punkte zu erledigen. Es standen außer den zwei bereits angeführten noch zur Tagesordnung: die Altersversicherung, die Propaganda für den Achtstundentag und Schiedsgerichte, Kollektivverträge und kaufmännische Kapazität der Syndikate.

Einen großen Teil seiner kostbaren Zeit nahm dem Kongress die allerdings absolut notwendig gewordene Debatte über das Föderationshaus. Dieser Angelegenheit liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Arbeitskonföderation wurde gegen Ende des Jahres 1907 aus der Pariser Arbeitsbörse verdrängt, weil sie sich nicht unter den Polizeifabel des Präsidenten beugen wollte. Nun war guter Rat teuer. Sie fand wohl ein Lokal, als der Hausbesitzer aber seine Mieter kannte, kündigte er ihnen. Man entschloß sich, ein ganzes Haus zu mieten und rechnete dabei auf die Unterstützung aller Organisationen. Inzwischen wurde der damalige Kassierer Levy ins Gefängnis geworfen. Der damalige Sekretär Griffuelhes war mehr als einmal in der schweren Zeit des Anfanges in Verlegenheit, wenn es galt, die große Miete oder Wechsel für die Maschinen der errichteten Druckerei oder für die Einrichtungsgegenstände der Klinik zu bezahlen. Er nahm das Geld, wo er es bekam, ohne leider die genaueste Buchführung darüber zu halten. Ein gewissenloser Beamter trug bedeutend zur Verschlimmerung des trostlosen Zustandes bei, so daß, als Levy das Gefängnis verließ und seinen Posten wieder antrat, in seiner Kasse Fr. 4500 fehlten. Darüber verschaffte Griffuelhes wohl eine Quittung, aber das Geld fehlte. Es ist wohl klar, daß solche Zustände nur zu sehr geeignet sind, einer Verleumdungskampagne Tür und Tor zu öffnen. Die gegenseitigen Beschuldigungen und Anfeindungen waren auch nicht ohne schädigende Rückwirkung auf die Gesamtbewegung geblieben. Daher die absolute Notwendigkeit einer Aussprache. Griffuelhes' Ankläger waren die Genossen Levy und Blanchard. Nach einer dreistündigen Verteidigungsrede Griffuelhes' und einer kurzen Debatte endete diese leidige Sache zu aller Zufriedenheit mit der

Kleinagitation.

Plaudereien aus der Backstube. Von Ernst Görz.

Personen: Heinrich, Werkmeister; Franz, Fritz, August, Gesellen. Otto, Lehrling; Helene, Dienstmädchen; Wilhelm, Brottutscher.

Erste Szene.

Vorraum zur Backstube mit Fenster nach einem Garten. Sommerabend. Heinrich.

Heinrich (Monolog):

Erlöschen ist der Sonne Strahl, Verstummt des Tages Lärm und Brausen, Und frei von harter Arbeit Qual, Zieht alles Volk nun froh nach draußen.

Hinaus aus enger Werkstatt Gast, Aus der Fabriken weiten Sälen, Aus dumpfen Stuben: Mut und Kraft In Feld und Wald sich neu zu stählen!

Und wenn der Vögel Abendlied Sich klingt aus Blättern und aus Zweigen, Der Mond am blauen Himmel zieht, Sich goldne Sterne zahllos zeigen;

Wenn ihre Schwingen Schlaf und Traum Dann über alles Leben breiten, Beginnt im heißen, schwülen Raum Der Bäcker Frühbrot zu bereiten!

Wid, weil er in der Sonne Glut, In staub'ger Luft, auf hartem Lager Nicht Ruhe fand, mit schlechter Kost Vorlieb muß nehmen, bleich und mager.

Nimmt mürrisch er die Arbeit auf. Für fargen Lohn nun heiß zu streben, Daß seines Meisters fauler Bauch Sich mäste nur! Ist das ein Leben?

Und dumpf und stumpf als wie ein Tier Müht er sich ab und regt die Hände, Und rüttelt nie an seinem Joch, Macht nie der Sklaverei ein Ende.

Und sagt man, daß er auch ein Mensch, Und Rechte hab und nicht nur Pflichten, Daß aller Reichtum dieser Welt Nicht nur gehört den obern Schichten;

- Daß wenigstens doch andern gleich, Lohnslaven auch, ums Brot er frone, Und dank für Meisters Kost und Bett, Und streb nach einem höhern Lohne.

Er hört's nur halb: „Es nützt doch nichts! Auch hoff ich, daß ich Meister werde!“ Ohnmächtig steht man und verzagt Vor dieser Dummheit auf der Erde!

Zweite Szene. Backstube.

Heinrich, Franz, Fritz, August und Otto, alle mit Arbeiten beschäftigt.

Heinrich (zu Franz):

Nimm heut zehn Liter mehr zum Suchenteige. Du, August, nicht so feil den Hundstüdzteigl Fritz, schaff genügend Mehl diese Nacht! Sieh nach dem Ofen, Otto, mach ihn zu!

(Otto ab.)

(Die Arbeit ist nach einiger Zeit beendet, es wird Kaffee getrunken und dazu gegessen.)

Heinrich:

Ich hab Euch oft genug Nun Zweck und Ziele des Verbandes erklärt, Wie denkt Ihr nun, wollt Ihr nicht Mitglied werden?

Franz und Fritz:

Nein!

Heinrich:

Nun, weshalb denn nicht? Ihr müht doch Grund Zu Eurer steten Weigerung haben?

Fritz:

Mir sind fünf Groschen jede Woch' zu viel!

Heinrich:

Es ist das Geld doch weggeworfen nicht! Bedenk, leicht wirst Du arbeitslos, Gehst auf die Wanderschaft, wirst krank, In all den Fällen zahlst Dir der Verband Dann Unterstützung, und wie segensreich, Belebend wirkt die Hilfe dann auf Dich. Du weißt es selbst, wie schwer es ist, zu sparen, Wie unvermutet arbeitslos man wird, Leicht hältst Du mit der Unterstützung Dich Dann über Wasser; glaub mir, manchen schon Hat auf die Art nur der Verband gerettet Und vor Verbrechen, vor Verzweiflung bewahrt Willst wandern Du, Dann kannst Du Deutschlands Gauen Betrost bereisen als Verbandsgesell, Brauchst Dir Dein Reisegeld nicht vor den Türen Ost mitleidsloser Menschen zu ersuchen.

Annahme eines Vertrauensvotums an Griffuelhes. Dieser Antrag wurde mit 933 Mandaten gegen 65 bei 333 Enthaltungen angenommen. Der größte Teil der sich der Stimme Enthaltenden erklärte, nur deshalb nicht für den Vertrauensantrag zu stimmen, um nicht den Verdacht eines Tadelns aufkommen zu lassen gegen die, die eine Rechnungslegung von Griffuelhes verlangten.

Griffuelhes hatte übrigens in seiner Rede erklärt, daß die finanzielle Basis des Föderationshauses nun gesichert sei, dank eines begüterten, mit unsern Ideen sympathisierenden Ingenieurs, der Fr. 100 000 gespendet hatte und daß, wenn sich eine gesetzliche Form finden ließe, daß das Haus Griffuelhes & Co. in das Eigentum der Konföderation übergehen könne, dem nichts entgegenstehe. Der Kongreß beschloß, eine Kommission zu beauftragen, die Angelegenheit mit den gegenwärtigen Besitzern und dem Zentralkomitee der Konföderation zu regeln. Darüber sollte bis spätestens 1. März 1911 statuiert werden.

Auch die brutale Abgung des reformistischen Generalsekretärs Niel, die im Bericht des Zentralkomitees nur mit zwei Sätzen berührt ist, gab zu einer Debatte Veranlassung. Die Berichte des Zentralkomitees der Konföderation wurden mit 1906 gegen 97 Mandate bei 118 Enthaltungen gutgeheißen.

Am ein Haar hätte es wieder eine ausgedehnte Debatte gegeben über die schon vor zwei Jahren geregelte Frage: ob Berufs- oder Industrieföderationen. Diese Debatte endete mit dem Beschluß, einem Malersyndikat drei Monate Frist zu setzen zum Uebertritt in die Bauarbeiterföderation und der Föderation der Mechaniker dieselbe Frist zu setzen zum Uebertritt in die Föderation der Metallindustrie. Wird der Uebertritt beider Organisationen nicht innerhalb dieser Frist vollzogen, sind sie als ausgeschlossen aus der Arbeiterkonföderation zu betrachten.

Nun die Altersversicherung. Das Gesetz soll im Juli 1911 in Kraft treten. Die meisten Redner stellten das Gesetz als unannehmbar hin und empfahlen die Verweigerung der Zahlung der Beiträge. Einige Redner empfahlen die Annahme und eine umfangreiche Propaganda zur Verbesserung des Gesetzes. Die ausgiebige Debatte endete mit der erdrückenden Annahme der Resolution Jouhaux (Generalsekretär). Sie lautet: In der Befürchtung, die vom Zentralkomitee begonnene Aktion gegen die Altersversicherung der Arbeiter und Bauern fortzusetzen, denkt der Kongreß, daß es für die Arbeiterorganisationen zweckmäßig ist, ihre Opposition gegen das Gesetz in dem Augenblick zu verschärfen, wenn es zur Anwendung gelangen soll. Der Kongreß macht auf die Unternehmerprojekte aufmerksam, die die Beiträge der Arbeiter für Unternehmerrzwecke benutzen wollen. Er führt als Mittel der Bekämpfung die Opposition gegen alle Lohnabzüge, die zur Funktionierung des Gesetzes bestimmt sein sollen, solange das Gesetz nicht Abänderungen unterzogen würde, die den Produzenten eine normale Versicherung bei geringerem Alter sichern. Der Kongreß fügt hinzu, daß er sich nur dann für das Prinzip der Arbeiterbeiträge entschließen könnte, wenn das Gesetz auf dem System der Verteilung (Repartition) anstatt Kapitalisation) aufgebaut wäre. Er zählt auf die Arbeiterorganisationen und die tätigen Genossen, daß sie alles aufbieten werden, um die Anwendung eines solchen Gesetzes zu verhindern, das im Prinzip wohl nützlich, in seinen Bestimmungen aber den Interessen der Arbeiter zuwider ist.

Mit der Annahme dieses Antrages hat sich die französische organisierte Arbeiterschaft höchst wahrscheinlich wieder eine Blöße vorbereitet. Das heißt, sie hat einen Beschluß gefaßt, den sie nicht durchführen kann. Schwerlich wird sie imstande sein, die unorganisierte Masse für diesen Widerstand zu gewinnen. Nur ein Beispiel für unsere Meinung: Die französischen Arbeiterorganisationen aller Art machen Stimmung gegen die Lebensmittelverteilung, eine Sache, die wir täglich ganz gehörig verspüren; doch nur mäßig sind die Versammlungen mit diesem Verhandlungsgegenstand besucht. Wie sollten sie erst imstande sein, die träge, gleichgültige Menge für eine viel unbedeutendere Verteuerung des Lebensunterhaltes, die gleichzeitig Früchte trägt, aufzurütteln.

Zur Frage des Antimilitarismus wurde eine Resolution angenommen, die in anderer Form denselben Inhalt hatte wie die Marceller Resolution.

Aus der langen, von einer Kommission ausgearbeiteten Resolution über den Kollektivvertrag, das obligatorische Schiedsgericht und die kaufmännische Kapazität wollen wir folgendes festhalten: Der Kongreß erkennt an, daß der Kollektivvertrag

unter Umständen Garantien der Dauer und vorübergehende Sicherheit der Arbeitsbedingungen bieten kann; daß es für die Arbeiter von Nutzen ist, Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen durch Verträge festzulegen, daß aber neue gesetzliche Regelungen sich nicht notwendig machen, die nur Einschränkungen bedeuten würden.

Das obligatorische Schiedsgericht ist unverträglich mit den erworbenen Funktionen der gewerkschaftlichen Organisationen und würde nur ihre Unabhängigkeit und ihre Autorität schwächen; daher verwirft der Kongreß jeden Gesetzentwurf dieser Art.

Die kaufmännische Kapazität endlich glaubt der Kongreß deshalb ablehnen zu müssen, weil die Organisationen der Arbeiter sich zunächst beschäftigen müssen mit der Erhöhung der Löhne, mit der Pflege der Werkstättenhygiene, mit der Verkürzung der Arbeitszeit, mit einem Wort, ihre Mitglieder zu orientieren und die Arbeiterklasse besseren sozialen Zuständen entgegenzuführen. In Erwägung, daß diese Aufgabe ihnen genügt, in weiterer Erwägung, daß die Syndikate, die sich in industrielle und kaufmännische Manipulationen eingelassen haben, nur auf Schwierigkeiten gestoßen sind und Enttäuschungen erlebt haben, in fernerer Erwägung, daß die Konsumgenossenschaften für geschäftliche Operationen ausreichen, warnt der Kongreß die Syndikate vor diesem Geschenk der Regierung, daß nur die Vernichtung der Syndikate oder die Abwendung von ihrem eigentlichen Ziele zur Folge haben könnte.

Diese Resolution wurde mit 1234 Mandaten gegen 11 bei einer Enthaltung angenommen.

Die wichtige Frage der Arbeitsunfälle konnte nur mehr sehr flüchtig behandelt werden. Unter andauernder Unruhe wurden eine Reihe Anträge gestellt, diskutiert und angenommen.

Nicht viel besser erging es der nicht minder wichtigen Sache der Statutenänderung. Eine Flut von Abänderungsanträgen lag vor; doch wird erst der nächste Kongreß, der in Haare stattfinden wird, möglicherweise eine gründliche Diskussion und reife Arbeit liefern können.

Noch viel ärger erging es einer beträchtlichen Anzahl von Anträgen dierger Natur; alles war nach sechs Verhandlungstagen nervös, erwartete mit Ungeduld den Schluß des Kongresses.

Der Sonntag sollte eine Anzahl Delegierter in die Arbeiterglashütte von Albi führen. J. Babion.

Der Schiffsbäcker auf dem Passagierdampfer.

In Nr. 36 unseres Fachblattes waren die Annahme wie auch die Arbeitsverhältnisse eines Bäckers auf den Frachtschiffen geschildert; heute wollen wir nunmehr sehen, wie es auf den Passagierschiffen zugeht.

Annahme zu denselben erfolgt meistens auf eigenen Heuerbüros der betreffenden Gesellschaften, den einzelnen Abteilungsvorstehern ist es jedoch gestattet, ihre Leute selbst anzunehmen.

Hat nun ein Kollege das „Glück“, angenommen zu werden, so wird er meist nur als Aufwäscher die Fahrt beginnen können; in ganz einzelnen Fällen kommt einer sofort als Bäcker an. Zum größten Teile wird man erst nach einigen Fahrten zum Bäcker befördert.

Als Anfangssteuer gelten für Aufwäscher M 40, für dritte Bäcker M 45, für zweite Bäcker M 50, für erste Bäcker M 70; letztere steigen nach zwei Jahren bis zur Höchststeuer von M 80. Für die Bäcker kommt noch ein Getränkegeld von 40 S täglich hinzu. Ueberstunden werden nur auf Stationschiffen bezahlt. Die Arbeitsverhältnisse sind jedoch auf den wenigsten Schiffen geregelt. Jedes Schiff hat eine besondere Einteilung. Auf den Reichspostdampfern haben unsere Kollegen noch das Vergnügen, so halb und halb Postassistent zu sein; die ersten Bäcker müssen oft auch selbst Gefe kochen, falls die mitgenommene nicht reicht oder schlecht wird. Dieselbe wird auf verschiedene Weise gekocht. Eine der einfachsten und auch sichersten Arten ist folgende: Man läßt in einem mit Salz oder Sandstein rein geschauerten, sieben bis acht Liter fassenden Topfe 100 Gramm Hopfen, 150 Gramm Malz und fünf bis sechs Kartoffeln eine Stunde kräftig kochen, gibt ein Pfund Zucker hinzu und läßt dann acht bis zehn Stunden abkühlen. Nun läßt man das Ganze unter festem Pressen durch ein feines Sieb laufen, rührt dreiviertel Pfund Mehl dazu und läßt es in einem mit Kork leicht verschlossenem Gefäße 18 bis 20 Stunden gären. Ein sicheres Zeichen, daß die Gefe gut ist,

ist es, wenn der Kork in die Höhe getrieben wird. Auf fünf Liter nimmt man einen halben Liter Gefe.

Was die Arbeitsräume selbst betrifft, so ist in den meisten Fällen der Backraum von der Backstube getrennt. Die Größe derselben richtet sich nach der Passagierzahl, die ein Dampfer aufnehmen kann. Bei einem Schiffe mit 2500 Personen ist der Raum vier Meter lang und drei Meter breit, zweieinhalb Meter hoch, jedoch dient die Backstube in den meisten Fällen auch als Werkstätte für die Konditoren, was bei viel Passagieren sehr leicht zu unliebsamen Störungen beiträgt.

Als Hilfsmaschine kommt da nur die Teignetmaschine in Betracht, mit welcher besonders bei stürmischer See äußerst vorsichtig gearbeitet werden muß, weil da schon mancher brave Kollege Arme oder Finger verloren hat. Zur Inbetriebsetzung wird Dampf oder Elektrizität verwendet. Die Backtröge sind zum größten Teile aus Holz, nur auf den Schnelldampfern sind sie aus Eisen. Licht und Luft wird durch ein oder zwei Bullenhes (runde Fensterchen von 20 bis 30 Zentimeter Durchmesser) zugeführt. Im Backraum dagegen nimmt ein großer Lichtschacht die Stelle der Fenster ein. Die Größe des Backraumes wie auch die Zahl der Defen richtet sich wie bei der Backstube nach der Passagierzahl. Die Höhe des Backraumes ist ungefähr zweieinhalb Meter, die Länge vier Meter und die Breite vier Meter. Davon nehmen die Defen zusammen einen Flächenraum von sechs Quadratmetern ein. Die Höhe des Luftschachtes, welcher einen Lichtraum von einem Meter Länge und dreiviertel Meter Breite hat, ist 15 bis 20 Meter und endet auf dem Bootsdeck. Bei den Defen muß auch den Sitten und Gebräuchen der zu befördernden Völker Rechnung getragen werden. Die italienische Regierung verlangt z. B., daß auf deutschen, englischen und französischen Schiffen, welche Italiener befördern, sich patentierte italienische Defen aus Stein mit drehbarer Herdfläche für Herdbrot befinden. Die andern Schiffe haben durchweg englische Defen, weil da alles auf Blech gebaden wird.

Was die Arbeitsverhältnisse betrifft, so haben wenig Schiffe eine Wechselschicht von zwölf zu zwölf Stunden. Die Bäcker müssen als Nebenarbeit auch noch wechselweise das Brot austeilen und Grau- und Schwarzbrot schneiden, und zwar um 7 Uhr morgens, 11 Uhr mittags und 5 Uhr abends. An den „Landtagen“ arbeiten entweder ein oder zwei Kollegen in der Backerei; die andern müssen im Probiantraum Glaschen packen, das leere Gut zum Versand fertigstellen und abgeben, den Probian für die Reise übernehmen, und wenn das Schiff längere Zeit im Hafen liegt, den Probiantraum gründlich reinigen, Farbe klopfen, Anstreichen und dergleichen Arbeiten mehr. Sehr zu bedauern ist, daß die letzten Tage vor der Abfahrt des Schiffes Tag und Nacht gearbeitet werden muß, während — verschuldet durch die Flaubeit der Kollegen — nur auf Stationschiffen Ueberstunden bezahlt werden.

Die Logisverhältnisse sind nur auf den neueren Schiffen einigermaßen zufriedenstellend, auf Schiffen älteren Systems sind sie meistens „unter dem Hund“.

Noch eine Beobachtung zur Warnung für Unerfahrene sei hier angefügt. Es ist beschämend, zu beobachten, daß in den Auslandsstädten gerade die Deutschen ihre vertrauensfertigen Landsleute manchmal bis auf das Hemd ausziehen. Durch Halten von verschiedenen Lockvögeln wird der liebesdürstige Janmaat irgendwo hingelockt und da nicht eher losgelassen, bis ihm der letzte Cent abgenommen ist. Es ließen sich über diese Erfahrungen Bücher schreiben. Die Ergebnisse in dieser Hinsicht würde aber nur der verstehen, der alles auf schwankem Boden selbst erlebt hat.

Wenn man alles ins Gesamte nimmt, so sieht man, welche Riesnarbeit unter wartet, um auch hier eine Bresche zu schlagen und den seefahrenden Kollegen ein menschenwürdiges Dasein zu geben. Mögen alle Seefahrer stets eingedenk sein, daß sie auf See die gleiche Kollegialität zu üben haben wie die Kollegen auf dem Lande; sie sollen sich in fremden Ländern außerdem auch für die Organisationsverhältnisse unserer Bruderverbände interessieren, da kann man viel lernen, da unser Verbandsbuch uns überall Tür und Tor öffnet.

Darum, Kollegen, an die Arbeit! Organisiert unablässig in den noch indifferenten Kreisen. Auch hier muß zum Besten der Allgemeinheit bald ein Schritt nach vorwärts getan werden!

Und „Sind Sie im Verband?“ ist doch die Frage, Die an den Türen Dir entgegenhallt Und Dir verschließt, wenn Du verneinen mußt. Brauchst Dich vor dem Genarm nicht zu verstecken, „Hier, mein Verbandsbuch!“ Das legitimiert Und schließt Dir auf die Herzen überall, Wo Sinn für Freiheit, Recht und Gleichheit wohnt.

Fritz: In Stendal hat der Obermeister uns Gewarnt vor dem Verband, wir solln bescheiden sein, Wir würden ja auch einmal Meister, sagt er.

Heinrich: Warum dann bleibst Du dort nicht, Fritz?

Fritz: Hier wird ja mehr verdient!

Heinrich: Und warum das?

Fritz: Weil der Verband hier mehr im Gange ist!

Heinrich: So! Mitgenießen, Was andre schwer erkämpft, Das kannst Du, Fritz, Du selbst hast übrig nichts, Um mitzuhelfen, daß es besser wird.

Ich schämte mich ja auf den Grund der Seele, In solche Stellen frech mich einzuschmuggeln, Und die zu höhnen, die mir doch das Bett So warm und mollig erst zurecht gemacht. Dank muß ich denen wissen, die mein Loß Erträglicher und besser mir gestalten, Und diesen Dank kann ich bezeugen nur,

Indem ich selbst in ihrem Sinne wirke. Willst Meister werden? Nun, ich gratulier! Denk aber an den Postel, Wöhlmann, Petersen, Den Nissen, die bei Nacht und Nebel fort Und ihre Bäckereien den Gläub'gern lassen mußten! Und wieviel solcher Dalleskrauter sind Noch mehr in unsrer Stadt! Der goldnen Boden Hat längst nicht mehr das Handwerk; Oft schlimmer noch wie ein Gefell Muß so ein Mann sich ruhelos dann plagen Und kommt nicht vorwärts.

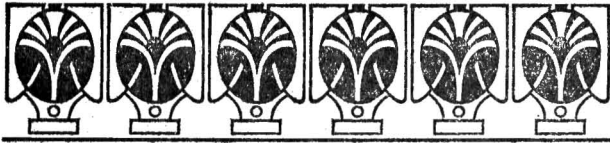
Franz: Wer ist Schuld daran? Ihr nur, Ihr Noten! Kann ein Meister denn Bewilligen das alles, was Ihr wollt? Sechs Tage Arbeit und acht Stunden nur, Und hohen Lohn, und trotzdem noch wollt Ihr Vernichten unser Handwerk! Großbetriebe Und Konsumbäckereien schafft Ihr nur! Wir woll'n das Handwerk heben! In Einigkeit, gemeinsam mit dem Meister Nach vorwärts streben, und nur Ihr, Ihr Geßer, Ihr Unzufriedenen, hemmt uns daran!

Heinrich: Jetzt hast Dein gelbes Herz Du recht gezeit! Fünf Mark die Woche, täglich sechzehn Stunden, Vier Lehrlinge auf jeden Krauter — was? Das wär' Dein Ideal! Die Meister könnten Wohl recht beschaulich leben, die Kollegen Gehn aber dann wie früher auf den Bau, In die Fabriken, wenn sie älter werden, Am besten wär's, sie hängten gleich sich auf!

August: So woll'n's die Meister! Immer schwerer wird's Für uns Gesellen, Arbeit zu erhalten. Auch Meister Westphal hat vier Jungen jetzt, Und der Gefelle, der dort war, konnt gehn. Und wenn die Jungen wenigstens was lernten, Sie spielen Hausknecht nur den ganzen Tag.

Franz: Ja, dankt man denn nicht Euch den Arbeitsmangel? Denn nur Fabriken schafft Ihr ja, statt Bäckereien. Ihr nennt Euch Bäckereiarbeiter und Arbeitern schafft Ihr Arbeit auch, nicht Bäckern Und schädigt Standesehr' und Interessen. Wenn kleine Meister mehr gefördert würden Und wir Gesell'n um unsre Arbeit uns Und unser Ziel, auch Meister einst zu werden, Bekümmerten, wärs gut für'n Bäckersand. Schutz fehlt dem Handwerk, Bildung auch fehlt uns, Die Lücke auszufüllen, laßt uns streben, Ein guter Bäcker, der auch Kaufmann ist, Kann hier und anderwärts auch heut' noch leben.

Heinrich: Sieh! Darum auch studierst so fleißig Du In Hartmanns Büchern, lernest „Kaufmann'sch“ sein. Und Bildung! Sparst, gehst nur mit Konditoren! Wenn durch den „Generalanzeiger“ Du Noch eine reiche Frau gewinnst, dann kann's ja nimmer fehlen, Denn Meisterstöchter schlag Dir aus dem Sinn, Die nehmen Dich doch nicht, trotz alledem! Du irrst, Franz, wenn Du meinst, in unserm Streben



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf verschiedene Anfragen seitens der Kassierer wird hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß auf Beschluß des Verbandstages in Berlin das neue Statut mit den Unterstützungsreglements am 1. Oktober voll in Kraft getreten ist. Die Unterstützungsauszahlung für arbeitslose, reisende und kranke Mitglieder erfolgt genau wie bisher nach den Scheinen, wie sie vom Hauptkassierer den Kassierern der Zahlstellen überandt werden.

Die Mitglieder, welche noch vor dem 1. Oktober zum Unterstüztungsbezug angemeldet wurden, erhalten die Unterstüztung noch nach den Sägen des alten Statuts, während die bezugsberechtigten Mitglieder, welche erst nach dem 1. Oktober zur Unterstüztung angemeldet wurden, die Unterstüztung nach den Bestimmungen des neuen Statuts und Reglements ausbezahlt erhalten.

Wo die bisher im Gebrauch befindlichen Marken nicht mehr zu verwenden sind, sind die Kassierer verpflichtet, dieselben einzufenden, wenn alle Mitglieder bis Ende September ihre Beiträge entrichtet haben oder, wo das noch nicht der Fall ist, sind dieselben mit der Abrechnung für Monat Oktober einzufenden. Bis dahin müssen alle Mitglieder ihre Beitragsrückstände für den Monat September beglichen haben oder, wenn sie das nicht getan haben, können sie später Beitragsrückstände für den September und frühere Monate nur nach der neuen Beitragsform bezahlen.

Ausgeschlossen wurden auf Antrag der Zahlstelle Chemnitz Willi Trummer (Buch-Nr. 6558), auf Antrag der Zahlstelle Halle a. d. S. Paul Kallenbach (12088) und auf Antrag der Zahlstelle Meuselwitz Willy Fischer (36402) und Karl Runge (19726).

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 10. bis 16. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für September: Weiskwasser M. 11,20, Jena 41,60, Remscheid 38,10, Gotha 75,20, Vernburg 23,70, Langermünde 59,40, Striegau 23,20, Regensburg 242,20, Freiburg 63,30, Braunschweig 207,40, Mühlhausen i. G. 79,80, Passau 36,80, Wiberach 25,60, Hildesheim 12, Cottbus 52,50, Harburg 166,80, Gelsenkirchen 24,30, Hagen 38,70, Friedberg 26,70, Zeitz 224,40, Schweinfurt 45,10, Bab Reichenhall 112,40, Stendal 23,60, Apolda 49,20, Forst 26,40, Magdeburg 550,70, Gera 130,10, Halle 318,50, Solingen 148,90, Dortmund 187,25, Göttingen 33,60, Erfurt 41,90, Bremerhaven 70,80, Bremen 204,40, Bayreuth 41,40, Deggendorf 45,90, Düsseldorf 161,80, Straßburg 67,30, Wegehad 36, Schwerin 9,60, Osnabrück 22,50, Neumünster 43,50, Oldenburg 42,70, Kaiserslautern 33,20, Götting 58,10, Schönebeck 13,60, Danzig 208,10, Leipzig 1135,05, Wiesbaden 373,90, Darmstadt 57,80, Mainz 180,10, Stettin 264,40, Markredwitz 36,60, Amberg 67,90, Schmöln 29,50, Brandenburg 64,60, Plauen 74,30, Altenburg 68,20, Waldenburg 16,80, Hanau 22,80, Chemnitz 266,60, Weiskwasser 51,20, Saarbrücken 74.

Von Einzelsählern der Hauptkasse: G. S.: Böhmed M. 24,50, A. G.: Witzendortmund 10, L. W.: Ehrenfriedersdorf 25,50, G. L.: Dähre 12,30, G. W.: Mitterteich 5,

D. R.: Loitz 6, A. P.: Marbach 20,25, P. B.: Waren 2,50, G. F.: Mühlhausen i. Th. 28, A. L.: Segeberg 3,50, A. M.: Böhmitz i. G. 25, F. B.: Delknitz i. B. 14, J. S.: Zeitz 6, W. N.: Mübitz 2, A. S.: Lehesten 7.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankentasse Halberstadt M. 4,80, Magdeburg 4,80, Mainz 4,80, Wiesbaden 10,80, Berlin 10,80, Plauen 4,80, G. Sch.: Altona 4, L. Sch.: Berlin 6, W.: Hamburg 4, Sch.: Hamburg 10, Fr. Sch.: Berlin 3, Konsumbäcker-Conneditz 2,40, Arbeiter-Madsfahrer-Berlin 10, Mühlhausen 3,30, Harburg 6,30, Leipzig 2,70, Berlin 18, Brandenburg 3,60.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditoren-Bewegung“: Remscheid M. 2, Gotha 14, Regensburg 2, Braunschweig 18, Dortmund 4, Erfurt 6, Wiesbaden 20, Berlin 100, G. Sch.: Wiede 2.

Mit der Abrechnung an die Hauptkasse für Monat September restieren folgende Zahlstellen: Königsberg, Marburg, Meß, Sonneberg.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Aus den Bezirken.

Zeuge gesucht. Das Mitglied Baruch Lorch (Buch-Nr. 27751), eingetretten in Würzburg, wird in einer wichtigen Klagesache als Zeuge gesucht. Sachdienliches über den Aufenthalt dieses Kollegen wolle man richten an Georg Meier, Schweinfurt, Bauerngasse 10/3.

Göttingen. Vorsitzender: Albert Scherr, Moltkestraße 30, 3. Et.

Löhntiz i. Erzgeb. Alle Sendungen für die am 1. Oktober hier errichtete Zahlstelle sind zu adressieren an den Vorsitzenden Andreas Meißner, Bahnhofstr. 511. Der Kassierer Christ. Zeigert wohnt Königsstr. 182.

Heute ist der 43. Wochenbeitrag (23. bis 29. Oktober) fällig.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifabschluss in Maudach. Zwischen Herrn Bäckermeister Birig in Maudach und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Mannheim, wurde folgender

Tarifvertrag

abgeschlossen:

1. Die Arbeitszeit richtet sich strikte nach der Bundesratsverordnung.
2. Der Mindestlohn beträgt für den ersten Gehilfen M. 16, für die zweiten M. 13 pro Woche nebst freier Kost und Logis.
- Ueberlösen werden pro Mann mit 80 % vergütet.
3. Nach einjähriger Beschäftigungsdauer erhält jeder Gehilfe drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes.
4. Die gegenseitige Kündigungsfrist beträgt acht Tage.
5. Bei Bedarf von Arbeitskräften werden dieselben vom Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Mannheim, R. 3: 14, bezogen.

Vorstehende Abmachungen bilden einen Tarifvertrag. Derselbe tritt am 1. Oktober 1910 in Kraft und endigt am 1. Oktober 1911.

Der Betriebsinhaber:

W. H. Birig.

Für die Gehilfen:

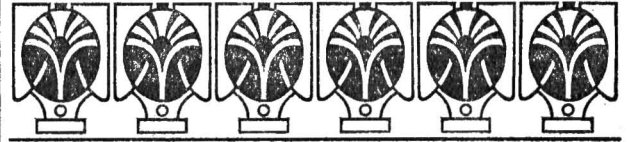
J. A.: J. Allmann.

Die im Betriebe Beschäftigten — es kommen drei in Frage — haben jeder durch die Bewegung eine Lohnzulage von M. 1 pro Woche erzielt.

Lohnbewegung der seefahrenden Bäcker und Konditoren Hamburgs.

Am 12. Oktober hielt die Sektion der Seefahrer eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Das Antwortschreiben der Hamburg-Amerika-Linie auf unsere eingereichten Forderungen. 2. Welche Stellung nehmen wir dazu? Die Seefahrer hatten in den letzten Versammlungen ihre Wünsche formuliert und den Mebereien eingereicht. Nachdem das Antwortschreiben der Hamburg-Amerika-Linie vom Vorsitzenden vorgelesen war, entspann sich eine lebhafte Debatte; alsdann wurde einstimmig beschlossen, dem Wunsche der Direktion dieser Linie nachzukommen und eine Kommission zu wählen, welche vorstellig werden sollte, um die Forderungen näher zu begründen.

Es wurden hierzu zwei Bäcker und ein Konditor vorgeschlagen. Von Seiten der Kollegen der Hamburg-Südamerika-Linie wurde noch auf mehrere Mißstände hingewiesen und dieselben scharf kritisiert. Beschlossen wurde noch, an den Verein der seefahrenden Köche über unsere Forderung Bericht zu senden.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gezeichnet sein.)

Bäcker.

Greiz. (Herr Orlamünder und die Mause-drecker.) Im Februar dieses Jahres erschien in der „Reußischen Volkszeitung“ eine Notiz, in welcher — ohne direkte Namensnennung — ein Bäckereibetrieb in Greiz grober Unfauberheiten beschuldigt wurde. Der Obermeister der Innung zog darauf Erfindungen bei der Redaktion ein, um den Fall zu untersuchen und diese erhielt darauf später die Mitteilung durch die Innung, daß die Darstellung auf Unwahrheit beruhe. Als dann die Redaktion aber später noch erfuhr, daß der beschuldigte Bäckermeister — Orlamünder mit Namen — die Darstellung im Blatte als gemein bezeichnet hatte, wurde sie nunmehr deutlicher und verstärkte ihre ersten Behauptungen mit weiteren detaillierten Anschuldigungen, was Herrn Orlamünder zur Erhebung einer Beleidigungsklage, die kürzlich zur Verhandlung stand, veranlaßte. Er wird es wohl ein zweites Mal bleiben lassen, denn der angeschuldigte Redakteur hat den Wahrheitsbeweis dafür an, daß in dem Betriebe Mehl zu Schrotbrot verbadet wurde, das mit Mause-drecker und Würmern durchsetzt war; das Mehl wurde zwar durchgeseiht, es durfte aber natürlich auch trotzdem in diesem Zustande nicht verbadet werden. Semmeln, die auf der Gare lagen, waren voll Mause-drecker. In einem Sacl, der in der Backstube stand, waren sechs junge Mäuse. Auch in dem Bett der Gehilfen lagen Mause-drecker. Der Angeklagte legte eine Probe von Unrat auf den Tisch des Hauses nieder, der aus zwei Pfund Mehl zurückgelassen, das durchgeseiht worden war. Diese Durchsiebung hat unter Zeugen stattgefunden und ist ihm dann als Beweismittel übergeben worden. In diesem zurückgelassenen Rest waren 44 Mause-drecker und drei Würmer. Zeuge Vogel, früher Geselle bei Orlamünder, sagte aus, daß solches Schrotmehl noch verbadet worden sei, als Hartan (ein anderer Zeuge) schon fort war. (Nachdem der Artikel auch schon in der Zeitung gestanden hatte. D. R.) Das sei ungefähr dreimal geschehen. Das Mehl sei aber durchgeseiht und ausgelesen worden. Es sei zu Weizen-schrotbrot verwendet worden. Es seien vorher Mause-drecker und Würmer darinnen gewesen. Das Schrotmehl habe auf dem Boden gestanden. Ein anderer Zeuge, Schwahe, hat vom 12. Dezember bis ungefähr Mitte April bei dem Privatkläger in Arbeit gestanden. Es seien Mause-drecker in dem Schrotmehl gefunden worden. Auf einem Mehlsack, der in einer Ecke der Backstube gestanden, seien eine Anzahl junger Mäuse gefunden worden, die noch nackt und blind waren. Er habe dies dem Meister gesagt, worauf der Sacl weggeschafft worden sei. Der Sacl sei aber noch verarbeitet worden. Auf Semmeln, die auf der Gare lagen, seien Mause-drecker gewesen. Schrotmehl sei ausgelesen und noch verbadet worden. Der fragliche Sacl Mehl sei ganz und gar mit Mause-drecker durchsetzt gewesen. Der Lehrling habe ihm einmal gesagt, daß er sich ekele, den Teig zu machen. Diesen Aussagen und noch mehreren gegenüber veruchte Herr Orlamünder, sich mit den in solchen Fällen üblichen Ausreden der Bäckermeister zu helfen. Er habe Anordnung gegeben, die peinlichste Sauberkeit walten zu lassen — sein Betrieb sei überhaupt einer der saubersten in Greiz (!) — das Mehl unterhalb der Löcher, durch welche die Mäuse in die Säcke gekommen

Des Handwerks Glend immer nur zu sehn, Und blüht das Handwerk denn, wenn Meister leben Und der Gesellenstand muß untergehn?

Franz:

Wer sagt denn das? Auch den Gesellenstand Natürlich kann das Handwerk nimmer missen, Nur förd're man die Kleinbetriebe mehr, Dann werden wir auch fortkommen wissen. Wir wollen Frieden mit dem Meisterstand, Und wenn wir für den Arbeitgeber streben, Dann fördern wir auch uns mit starker Hand, Denn wir auch wollen einst als Meister leben.

Heinrich:

Du bist ein Esel, Franz! Der Meisterdüffel, Der in Dir sitzt, der ist wohl schuld daran. Von Standesehre spricht Du und Interessen Und stampfst als selbst in Grund und Boden nur Und spielst als Anwalt Dich der Meister auf. Ein Schelm und ein Verräter immer ist, Der die Interessen seines Standes nicht Zuerst veracht und der uns fördern will, Indem für andre er erst sorgt und denkt.

Franz:

Dann sagst den Aft Du ab, auf dem Du sitzt!

Heinrich:

Du bist ein Tor, dem nicht zu helfen ist. Die Blütezeit der Rünfte ist dahin! Unwiderbringlich! Und die Gegenwart Stellt Forderungen nun ganz anderer Art. Ist die Gewerbefreiheit denn durch uns Wohl eingeführt? Nein! Durch das Bürgertum! Weil es zuerst

Das Ueberlebte dieser Zeit empfand. Gewiß geht es dem Mittelstande schlecht, Doch unter seinen schlimmsten Feinden sind Unfre Verbände aber sicher nicht! Und züchten wir denn wohl den Großbetrieb? Der ist wie jenem oft auch unser Feind. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, Und kindisch ist's, da in die Speichen fassen Und rückwärts drehen wollen, der Versuch Bringt, wenn nichts ärg'eres, immer hohn nur ein. Seit Anbeginn der Erde hat sie stets, Gehorchend einem ewigen Geheiß, Geschaffen immer und herborgebracht, Um zu zertrümmern es und zu vernichten, Und herrlicher und schöner dann zu bau'n. Und dem Gesetz ist Mensch und Menschenverf Auch untertan, auch hier ein Stillstand nicht, Ein Rückschritt auf die Dauer nimmer möglich. Wenn Du im Frühjahr unsre Ähren siehst, Des Sturmes Wüten und des Winters Macht: Fragst manchmal bang Du: Wann doch kommt der Lenz? Und wenn er kommt und alles blüht und sprießt, Und golden scheint die Sonne, Vogelsang Den Gain erfüllt — oft hat in einer Nacht Ein harter Frost dies Wunderwerk zerstört! — Und doch bracht uns der Sommer reifes Korn! Sieh! Gleich dem Frost in heller Frühlingspracht Trifft ein Verhängnis Zeiten, Völker auch, Und schleudert sie zurück in Unkultur Und Barbarei und dennoch Nimmt der Mensch Empor zur Höhe, mutig, unbezagt. Wir steigen! Müssen steigen! Wo der Pfad Einmal wird endigen, das weiß kein Mensch!

Doch sicher ist, daß Freiheit, Fülle, Glück, Daß alles, was uns hoch und herrlich scheint, Mit jedem Schritt aufwärts uns näher kommt! Ein Samenorn, wie's griechische Kultur, Das Christentum, wie's ein Gedanke ist, Der, kühn geboren, schnell die Welt durchheilt Und revolutionierend Werke schafft, Die nach Jahrhunderten dann noch bestehn, Bis neues, besseres wieder ablöst sie — Ist auch der Sozialismus und ein Baum, Die Welt beschattend wird daraus entstehn!

Fritz:

Ich will eintreten, ich will Mitglied werden, Von dem Verband, gib auch das Volksblatt mir, Daß Du Dir hältst, daß ich es lesen kann.

August:

Sieh, das ist recht, Fritz! Wenn ich auch von dem, Was Heinrich sagt, nicht alles ganz verstehe, Das weiß ich auch: es kann nur Einigkeit Uns vorwärts bringen und ich will auch gern Als Bäckereiarbeiter einst die Augen schließen, Wenn meine Arbeit bringt, was ihr gebührt. Und könnte nicht der Meister unsre Forderungen auch Bewilligen, ohne daß er dabei Reite geht?

Heinrich:

August hat recht, und wenn Franz Meister wird, Mag seine Meinung er für sich behalten, Arbeiter kaufen nimmer sonst bei ihm! — — — Nun, Otto kommt wohl gar nicht wieder 'rein? (Schluß folgt.)

sind, sei sauber gewesen, ein Zeuge habe nur aus Mache seine Aussagen gemacht, man habe auch vielleicht Kimmelförner als Mäusdred angesehen usw. Letztere Annahme veranlaßt den Vorsitzenden des Gerichtshofes zu der merkwürdigen Aeußerung: „Alle Zweifel hätte beseitigt werden können, wenn die Belastungszeugen die Mäusdred gefest hätten!“ Die gesamten Aussagen waren aber so belastend für den Kläger, daß der Gerichtshof den Genossen sich freisprach und sämtliche Kosten dem Privatkläger auflegte.

Konditoren.

Stellungnahme der Hamburger Konditorgehilfen zum neuen Stellenvermittlergesetz. Am 11. Oktober waren die in Konditoreien und in Bäckereien beschäftigten Konditorgehilfen in „Stanges Gesellschaftshaus“, Zeughausmarkt, zusammengekommen, um sich mit dem neuen Gesetz und seinen Ausführungsbestimmungen sowie den für Hamburg-Altona durch die Polizeibehörden festgesetzten Gebühren zu beschäftigen. Einberufen war diese öffentliche Versammlung durch eine aus den Reihen des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren und aus dem Nationaldeutschen Verbände (Sitz Halle a. d. S.) zusammengesetzte Kommission. Die Versammlung war von zirka 230 Gehilfen besucht. Kollege J. Weidler sprach zunächst über das Gesetz als solches und über die für Hamburg getroffenen näheren Bestimmungen. Er wies eingangs darauf hin, daß die Konditoren es ihrer mangelhaften und vor allem noch der Einheitlichkeit entbehrenden Organisation zu danken haben, daß es bisher nicht gelungen ist, das Stellenvermittlerwesen gänzlich aus dem Verufe zu beseitigen, und daß andererseits der Kost- und Logiszwang in den Backbetrieben es sei, der dem Ausbau der Organisation hindernd im Wege stehe. In diesen veralteten Zuständen des Berufes wurzele auch das Stellenvermittlerwesen mit seinen zahlreichen Schädigungen für die Kollegenschaft. Die Konditorgehilfen hätten also immer mehr auf die Einheitlichkeit in der Organisation hinzuwirken, und er begrüße es, wenn jetzt zunächst in dieser einen Interessenfrage durch gegenseitige Verständigung es hier in Hamburg dahin gekommen sei, daß die Kollegenschaft gemeinsame Schritte unternehmen wolle. Diese gemeinsamen Schritte könnten nur in der Richtung nach einem paritätischen, völlig kostenlosen Arbeitsnachweise gemacht werden. Redner erläuterte dann das Gesetz und die vom Hamburger Senat hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Er erkannte an, daß gegen früher ein wesentlicher Fortschritt nicht zu verkennen sei und daß dem schlimmsten Treiben der gewerbmäßigen Vermittler jetzt doch besser ein Riegel vorgeschoben werden könne als früher, wenn nur die Kollegenschaft selber in dieser Beziehung auf dem Posten ist. Auf das entscheidendste sei aber das Verhalten der hiesigen unteren Verwaltungsbehörden — der Polizei und der Landherrenschaft — zu verurteilen, weil sie den Vermittlern unglaublich hohe Gebührensätze zugewilligt haben und weil trotz des Wortlautes der klaren Ausführungsbestimmungen keine Vertreter der organisierten Arbeiterschaft bei den Vorberatungen zugezogen worden seien. Die Behörden hätten sich in dieser Hinsicht allen sozialen Verständnisses bar erwiesen — im Gegensatz zu dem Polizeipräsidenten in Berlin, welches sich hierin einmal weit vernünftiger gezeigt habe. Dort sei für Vermittlung von gewerblichen Arbeitern in Zukunft nur noch generell eine Gesamtgebühr von M 2 angelegt — der Gehilfe habe demnach nur M 1 zu zahlen —, während hier in Hamburg-Altona stets von dem auf das Jahr umgerechneten Verdienst in Stellen mit Kost und Logis 3 pzt., außer Kost und Logis 1 1/2 pzt. dieses Verdienstes gezahlt werden sollen. Ein Gehilfe, welcher mit M 50 Monatslohn und Kost und Logis angenommen wird, hat persönlich nicht weniger als M 9 dem Vermittler zu zahlen. Für Konditoren in Hotels, Cafés usw. sind sogar 4 pzt. angelegt worden usw. Kollege Weidler empfahl am Schluß seiner Ausführungen folgende Resolution zur Annahme:

„1. Die am 11. Oktober 1910 bei Emil Stange, Zeughausmarkt 31, tagende öffentliche Versammlung der Konditorgehilfen Hamburg-Altonas erkennt an, daß das neue Stellenvermittlergesetz vom 2. Juni 1910 und die vom Hamburger Senat hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen in mehreren Punkten geeignet sind, Verbesserungen auf dem Gebiete der gewerbmäßigen Stellenvermittlung zu schaffen, obgleich zu bedauern ist, daß letztere durch die Gesetzgebung nicht gänzlich aufgehoben wurde. Die Versammlung protestiert aber ganz entschieden gegen die Höhe der ohne Zuziehung von Gehilfenvertretern des Konditorberufes von der Polizeibehörde und der Landherrenschaft festgesetzten Gebühren für die gewerbmäßigen Stellenvermittler, weil diese Gebühren durchschnittlich weit höher, zum Teil doppelt so hoch sind als früher. Durch diese neuen Festsetzungen werden die Konditorgehilfen auf das empfindlichste geschädigt; die Versammlung richtet deshalb das dringende Ersuchen an die oben genannten Behörden, die getroffenen Bestimmungen sobald wie möglich nach Anhörung wirklicher Vertreter der Gehilfenschaft der Konditorenbranche einer Nachprüfung zu unterziehen.

2. Die Versammelten erklären ferner: Als zufriedenstellende Lösung der Arbeitsvermittlung ist nur die Errichtung paritätischer, völlig kostenloser Arbeitsnachweise zu fordern. Um diese Forderung wirksam zu unterstützen, verpflichten sich die Konditorgehilfen, energisch für die Einheit der Berufsorganisationen einzutreten.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Das Stellenvermittlerwesen in Hamburg-Altona“, ging Kollege Preußler vom Nationaldeutschen Verbände speziell auf die Zustände ein, die sich im Laufe der Jahre hier am Orte entwickelt haben. Die Stellenvermittler sind hier ja noch nicht zu einer solchen Massenerscheinung in unserem Verufe geworden wie zum Beispiel in Berlin, aber trotzdem konnte Kollege Preußler verschiedene grobe Mißbräuche vortragen. Vor allem wandte er sich scharf gegen eine Gruppe von Kollegen, die unter dem Namen: „Internationale Klub“ sich von dem hiesigen Schankwirt Maucher haben vorziehen lassen, der dadurch seine Vermittlungstätigkeit bisher immer, ungestört von der Polizei, fortsetzen konnte. Auch dieser Referent stellte sich auf den Standpunkt, daß eine gründliche Besserung und die Beseitigung aller Schäden für die Kollegenschaft nur durch Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises erreicht werden wird.

In der Diskussion suchten einige „internationale“ Klubbrüder ihre Praktiken zu verteidigen und die auf sie gerichteten Angriffe dadurch zu entkräften, daß sie behaupteten, die Vermittlung der andern Vereine käme den Kollegen auch nicht billiger zu stehen, wobei sie natürlich geflissentlich über die sonstigen Leistungen derselben hinweggingen. Zu bestreiten wagten sie aber nicht den Vorwurf, der ihnen aus der Versammlung heraus verschiedentlich gemacht wurde, daß sie von der Vermittlungsgebühr regelmäßig nur einen gewissen Prozentsatz „zum Verkaufen“ einstreichen, während der Gastwirt den andern Teil erhält. Die sich lang ausdehnende Diskussion förderte noch einen ganzen Teil Praktiken der „Internationalen“ zutage. Kollege Wippermann wies weiter auf einige weitere unglaublich hohe Positionen in den neuen Gebührensätzen hin. In den Schlussworten der Referenten sowie der beiden Vorsitzenden Abels und Bartels kam die Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß endlich die hiesige Kollegenschaft anscheinend geschlossener als bisher ihre Interessen verfolgen werde. In der vorliegenden Frage — vernünftige Regelung des Arbeitsnachweises — solle energisch bis zu ihrer Lösung weitergearbeitet werden. Außerdem wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die gemeinsame Kommission, die diese Versammlung einberief, schon längere Zeit mit einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschäftigt ist und das Resultat dieser Arbeit in einiger Zeit gleichfalls der gesamten Kollegenschaft vorzulegen gedenkt. Die oben abgedruckte Resolution wurde einstimmig angenommen und sie ist inzwischen der Polizeibehörde mit dem Ersuchen um Rückäußerung zugegangen.

Fabrikbranche.

Baireuth. Wie bereits in letzter Nummer dieses Blattes berichtet wurde, konnte mit der Firma Schneider noch rechtzeitig eine Einigung bezüglich der Arbeitszeit erzielt werden. Nun ist auch mit der Firma Schraders Nachfolger in entgegenkommender Weise dieselbe dem Wunsche der Arbeiterschaft gemäß geregelt worden. Erfreulich ist dabei, daß die Herren Fabrikanten jetzt allmählich selbst einsehen, daß eine gleichmäßige Arbeitszeit und Bezahlung der Arbeiterschaft auch ihnen zugute kommen muß, weil dadurch manches leidige Konkurrenzmanöver verhindert wird. Mögen nun alsbald auch die Kollegen bei Löwensohn ihr schädigendes Verhalten einsehen und in unsere Reihen einreten; denn nur dann kann eine allgemeine Besserung für alle Kollegen und Kolleginnen in Baireuth durchgeführt werden. Tun sie das nicht, so müssen sie sich den großen Vorwurf gefallen lassen, daß sie daran schuld sind, wenn es hier nicht vorwärts geht. „Vorwärts auf dem jetzt beschrittenen Wege“, muß nun die Parole der Baireuther Kollegenschaft sein.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Lernen wir von ihnen! Noch einer amtlichen Zusammenstellung umfaßt der „Zentralverband deutscher Bäckereinnungen, Germania“ 1227 Innungen mit 59 067 Mitgliedern und 53 Einzelmitgliedern, so daß diese Unternehmervereinigung zurzeit 59 120 Mitglieder zählt. Der Zentralverband wurde 1884 gegründet und hat innerhalb 26 Jahren die stattliche Zahl von rund 60 000 Bäckereinhabern organisiert. Unsere Organisation, welche ein Jahr später gegründet wurde, zählt erst 22 000 Mitglieder. Wir haben also noch eine tüchtige Strecke zu marschieren, um die Unternehmervereinigung einzuholen. Aber nicht nur mit dem werden wir uns begnügen, sondern es muß alles aufgeboten werden, um sie an der Mitgliederzahl zu übertreffen. Werbet daher, wo es immer auch sei, Mitglieder für den Verband und nehmt Euch den Zentralverband der Bäckereinnungen zum Beispiel.

Die Nassauer Bäckermeister fühlten auch das Bedürfnis, ihrem bedrängten Herzen auf einer gemütlichen Zusammenkunft Luft zu machen. Sie tagten am 22. September in Niederlahnstein und horchten andächtig einem Referat von Pfeil-Frankfurt a. M. zu, der ausersuchen war, über die Lohn- und Gesellenbewegungen zu sprechen. Dem Redner kam es dabei auf einige mehr oder weniger grobe Unwahrheiten nicht an. Wollte er damit den Zuhörern das Gruseln beibringen, wenn folgende Unwahrheit zum besten gegeben wurde: „Die Vorgänge von der Prügelpädagogik der Herren Ausständigen sind noch in guter Erinnerung, so daß wir diesmal darüber hinweggehen können.“ Bei dieser Gelegenheit wollen wir dem „Referenten“ das Eingeständnis der Selben in Nr. 8 vom 22. April gegenüberstellen: „Die Situation wurde immer bedenklicher, je mehr die Streikenden ihren Fehlschlag gewahr wurden. Selbst die Polizeiorgane konnten nicht überall helfen. Infolgedessen wurde den Arbeitswilligen von dieser Seite gestattet, Waffen bei sich zu führen und bei eventuellen Ueberfällen kaltblütig davon Gebrauch zu machen. So kam es, daß die meisten Bundeskollegen stets ihren Revolver oder Lebensretter bei sich trugen und sich erst dadurch einigermaßen Respekt verschaffen konnten vor blutlusternen Banditen.“ Würden die Innungsführer die gelbe Zeitung lesen und der Wahrheit die Ehre geben, dann könnte nicht mit greifbaren Unwahrheiten bei Meisterzusammenkünften gegen unsern Verband losgezogen werden. Pfeil, der durch seine stolpatzige „Diplomatie“ in den Frankfurter Bäckerkreisen mächtig bekannt ist, je nachdem wie es trifft, nach rechts und links reden kann, hat die Selben besonders in sein liebevolles Herz geschlossen und ist der Ansicht, den Bundesverein weiter zu stärken, „damit er seine Aufgaben in seinem Sinne lösen kann“. Vor Tisch hat man's anders gelesen. Auf dem heftigen Zweigerverbandsitag in Wingen sagte derselbe Pfeil: „In Frankfurt sei man nun soweit gekommen, daß es nur eine Frage der Zeit sei und sie bekämen den 36-Stunden-Ruhetag; denn dieser sei nicht länger zu vermeiden.“ Hat

vielleicht der „Diplomat“ einen kräftigen Nasenstüber von seinen Freunden erhalten, weil er nach wenigen Wochen anders reden kann? Sei es, wie es will, wir werden uns trotz alledem den Ruhetag erkämpfen.

Die New Yorker Bäckermeisterorganisation und der korporative Arbeitsvertrag. In den Bäckereinnungs-Zeitungen wird über eine Massenversammlung der Vereinigten Bäckermeister von „Groß“-New York berichtet. Dabei äußerte sich der Präsident Max Straffer eingehend über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und über ein Zusammengehen beider Faktoren. Nach der „Güntherischen Bäcker- und Konditor-Zeitung“ führte er etwa folgendes aus:

„Der Unionarbeiter von heute ist vielleicht in 25 Jahren selber Meister, wie ja auch viele von uns feinerzeit Mitglieder der Union waren. Die Unions haben mehr für die Hebung des Gewerbes getan, als alle Bäckermeister zusammen genommen. Man glaubte vor 25 Jahren, es sei unbedingt notwendig, daß in der Bäckerei 18 Stunden lang gearbeitet werde; heute kann man bereits in zehn Stunden fertig sein. Zwei Rechte muß man den Arbeitern zugestehen: das Recht, eine Erhöhung des Lohnes und eine Reduzierung der Arbeitszeit zu fordern, und das Recht, sich zu organisieren. Beide Parteien müssen mit Kompromissen arbeiten. Ohne Kompromisse kann man nicht auskommen. Wir sollen jeden guten Arbeiter beschäftigen, ob er Unionarbeiter ist oder nicht. Nur dagegen müssen wir uns verwahren, daß man uns Arbeiter aufzwingt, die wir nicht haben wollen. Unsere Organisation soll den Kampf mit der Union vermeiden, sie soll mit ihr gütlich verhandeln, Organisation mit Organisation. Wir müssen danach trachten, das Kleingewerbe aufrecht zu erhalten, zu sehen, daß nicht die großen Bäckereien uns verdrängen.“ Mit einem Appell zum Anschluß an die Vereinigung schloß Straffer seine Rede, die von einem großen Teil der Anwesenden beifällig aufgenommen wurde.

Straffer nimmt unter den Bäckermeistern der Vereinigten Staaten dieselbe Stellung ein wie Bernard, der Vorsitzende des „Germania“-Innungsverbandes. Jener ist Präsident des Staatsverbandes der Bäckermeister. Das geistige Denkbemühen beider Unternehmerführer bewegt sich aber in entgegengesetzten Bahnen. Straffer hat die Zeit begriffen und den Standpunkt des „Herrn im Hause“ über Bord geworfen, aus der Arbeiterbewegung seine Lehren gezogen und ist zu dem folgerichtigen Ergebnis gelangt, dem Arbeiter zu geben, was des Arbeiters ist: die Anerkennung der Arbeiterorganisation bei Vermeidung des Kampfes durch gegenseitige Unterhandlung. Er geht sogar weiter und verpflichtet sich durch die Vertragspolitik mit der Arbeiterorganisation die Möglichkeit, „das Kleingewerbe aufrecht zu erhalten“, ein Mittel, daß die großen Bäckereien dann nicht mehr so leicht imstande sind, den handwerksmäßigen Betrieb zu erdrücken. Diese Ansicht hat der Streik der New Yorker Bäckereiarbeiter in dem Unternehmerführer reifen lassen. Bekanntlich drehte sich der Kampf in der Hauptsache gegen die kapitalistischen Großbetriebe. In dem Teilerfolge, der erreicht wurde, ist aber für die Kleinbetriebe nicht die Garantie gegeben, daß sie nun weniger unter der kapitalistischen Konzentration zu leiden hätten. Daß sich nun unter den weitblickenden Repräsentanten des Kleingewerbes eine fortschrittliche Meinung geltend macht, ist erklärlich.

Anders aber denkt Herr Bernard, der Führer der deutschen Bäckereinnungen. Schon der Gedanke an Tarifverträge ist für ihn gräßlich, geschweige, daß er sich zu der Idee aufschwingen könnte, den Arbeitern das Recht der Organisationsangehörigkeit zuzugestehen. Hier sehen wir den Typ des vormärzlichen Zünftlers, der seiner Autorität nur Geltung verschaffen kann, indem er sich an den Standpunkt des „Herrn im Hause“ klammert, wie ein Ertrinkender an den Strohalm. Herr Bernard war vor Jahresfrist in Amerika. Nach seinem Verhalten seit der Rückkehr kann aber nicht gesagt werden, daß er neue Gedanken in sich aufgenommen hat. Vielleicht hat mit der Belehrung der „Amerikaner“ Straffer mehr Glück, wenn er im kommenden Jahre den Deutschen einen Besuch abstattet.

Aus der New Yorker Bäckermeisterversammlung kommen uns alte Bekannte zu Gesicht. Ein gewisser Kauerleber (früher in Frankfurt a. M., der bei seiner Abreise die Frau vergessen hatte und irrtümlich die Schwägerin mitnahm) meinte, die Unternehmer hätten sich mehr mit der Preisregulierung als mit andern Dingen abzugeben. Er war also gegen die vernünftige Ansicht des Präsidenten. Ebenso auch ein August Pfannstiel, der den Zusammenschluß der Meistervereine zu einem großen leistungsfähigen Verband propagierte. Die beiden haben aus ihrer langjährigen Organisationszugehörigkeit in Deutschland nichts gelernt.

Internationales.

Lohnbewegungen der Bäcker in Großbritannien.

In Großbritannien veröffentlicht das arbeitsstatistische Amt im Handelsministerium Jahresübersichten der Lohnbewegungen in allen Berufsarten, mit Ausnahme der Landarbeiter, Eisenbahner und Seeleute, für die vergleichbare Angaben nicht zu erlangen sind. Es ergibt sich daraus, daß die Zeit von 1896 bis 1909 in zwei Perioden steigender Löhne (1896 bis 1900, 1906 und 1907) und zwei Perioden sinkender Löhne (1901 bis 1905, 1908 und 1909) zerfällt. Die Zahlen für die ersten neun Monate 1909 zeigen an, daß mit der Besserung der Wirtschaftslage auch wieder eine Aufwärtsbewegung der Löhne einsetzte. In allen sieben Jahren mit vorwiegenden Lohnerhöhungen war das reine Ergebnis der Lohnänderungen ein wöchentlicher Lohngewinn von £ 696 452 (zu je M. 20 im Wert), in den andern sieben Jahren war das reine Ergebnis ein Lohnverlust von £ 357 000 in der Woche. Die wöchentlichen Lohngewinne übertreffen die wöchentlichen Lohnverluste um £ 339 000. Es ist zweifellos, daß in dieser Zeit die Lohnverbesserungen

in Deutschland beträchtlicher waren als in Großbritannien, und es haben auch die deutschen Gewerkschaften eine viel regere Tätigkeit entfaltet als die britischen.

Alle 435 Lohnbewegungen, die im Jahre 1909 in Großbritannien und Irland vorkamen, betrafen 1 154 796 Arbeiter, davon erhielten nur 18 371 Lohnerhöhungen, die sich auf 19 720 sh in der Woche beliefen; 1 131 505 erlitten Lohnkürzungen um zusammen 1 398 160 sh in der Woche; die übrigen hatten an Lohnerhöhungen und Reduktionen teil, die sich vollständig ausglich.

In der Bäckerei und verwandten Gewerben kamen in der jüngsten Zeit bedeutende Lohnbewegungen nur 1906 und 1907 vor. Der Umfang aller von den Arbeitern dieser Gewerbegruppe seit 1905 geführten Lohnbewegungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	Zahl der Bewegungen	Zahl der beteiligten Arbeiter	Erzielte Lohnerhöhung pro Woche
1905	10	436	820 sh*
1906	11	1090	2240 „
1907	22	3684	4820 „
1908	15	695	1240 „
1909	4	336	480 „

* 1 sh kommt im Wert etwa M. 1 gleich.

Hiervon waren Lohnbewegungen der Bäcker: 1905 8, 1906 9, 1907 17, 1908 11, 1909 3; die Beteiligung ist aber nur für die Gewerbegruppe im ganzen angegeben.

Auf jeden an den Lohnbewegungen beteiligten Bäcker und Angehörigen verwandter Berufe kam in der Woche eine durchschnittliche Lohnerhöhung von nicht ganz 2 sh 1905, 2 sh 1906, 1 1/3 sh 1907, 1 3/4 sh 1908 und 1 1/4 sh 1909. Das Ausmaß der Lohnsteigerung war also in allen Jahren ein sehr bescheidenes.

Im Jahre 1909 kamen Lohnbewegungen der Bäcker nur in Schottland vor, und zwar in Broxburn und Distrikt, Carnoustie und Shotts. Kollektivverträge zur Regelung der Löhne, Arbeitsdauer und anderer Arbeitsbedingungen der Bäcker wurden 1909 abgeschlossen in Leicester in England; in 22 Orten in Schottland und in Belfast in Irland. Im Jahre 1908 kamen Tarifabschlüsse zwischen den organisierten Bäckern und den Meistern vor in Aberdare und Swansea in Wales und in sechs Orten oder Bezirken Schottlands, im Jahre 1907 in der Stadt Bristol in England und in sieben Orten oder Bezirken Schottlands. Der schottische Bäckerverband (Operative Bakers of Scotland National Federated Union) ist überhaupt weit regsamer als die englische Amalgamated Union of Operative Bakers and Confectioners. Allerdings kommt auch in Betracht, dass die Wirtschaftskrise England schwerer betraf als Schottland.

Arbeitszeitverkürzungen wurden 1909 im Bäckergewerbe nicht vollzogen; 1908 setzten die Bäcker in Bellshill (Schottland) eine Reduktion der Arbeitsstunden von 55 auf 52 1/2 in der Woche durch, 1907 errangen die Bäcker in Bristol eine Arbeitszeitverkürzung um wöchentlich 4 Stunden, und zwar für Tagarbeiter von 64 auf 60 Stunden, für Nachtarbeiter von 58 auf 54 Stunden.

In Großbritannien werden die meisten Bewegungen zur Aenderung der Löhne und der Arbeitszeit durchgeführt, ohne dass es zum Streik oder zur Aussperrung kommt; an Lohnänderungen nach vorhergegangener Arbeitseinstellung hatten von allen Arbeitern, deren Löhne überhaupt eine Aenderung erfuhren, teil: 1909 13,3 pZt., 1908 1,9 pZt., 1907 1 pZt., 1906 4,9 pZt., 1905 2,1 pZt. — Die Bäcker hatten in den letzten Jahren nur einen bedeutenden Streik, nämlich 1906 in London-Ost, an dem 300 Arbeiter direkt und indirekt beteiligt waren; er entstand wegen des Verlangens einer Lohnerhöhung und anderer Forderungen, ging jedoch verloren. Kleine Arbeitskämpfe (mit weniger als 150 Beteiligten und weniger als 7500 verlorenen Arbeitstagen) werden in der amtlichen Statistik nicht besonders ausgewiesen. In der Gruppe Nahrungsmittelindustrie kamen 1909 zwei Streiks mit 108 direkt Beteiligten vor, von denen 60 einen vollständigen und 48 keinen Erfolg erzielten. Im Jahre 1908 brachen in dieser Gewerbegruppe sieben Streiks mit 519 direkt und 106 indirekt Beteiligten aus; von den direkt Beteiligten hatten 191 vollständigen oder teilweisen Erfolg und 328 keinen Erfolg.

Die Streikbewegung der britischen Arbeiter war 1908 und 1909 umfangreicher als jemals seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise. Es brachen 1909 436 neue Streiks mit 300 819 beteiligten Arbeitern und einem Verlust von 2,6 Millionen Arbeitstagen aus, 1908 399 Streiks mit 295 507 beteiligten Arbeitern und 10,6 Millionen verlorenen Arbeitstagen. Trotz der ungünstigen Verhältnisse setzten 1908 von allen 223 969 direkt beteiligten Arbeitern 74 pZt. und 1909 von allen 170 258 direkt beteiligten Arbeitern 77 pZt. ihre Forderungen ganz oder teilweise durch. H. F.

Sozialpolitisches.

Maukforberlaß gegen die Fabrikinspektoren. Der preußische Handelsminister hat folgenden Erlaß an die Fabrikinspektoren gerichtet:

„Die Jahresberichte haben sich, ihrer gesetzlichen Bestimmung gemäß, auf die Mitteilung von Tatsachen und Wahrnehmungen zu beschränken, theoretische Erörterungen, insbesondere Abweichungen auf das Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung bestehender Gesetze, Verordnungen usw., gehören nicht in diese Berichte. Nur solche Tatsachen sind mitzuteilen, die auf zuverlässigen Ermittlungen beruhen; Angaben dritter Personen oder gar Gerüchte, deren Richtigkeit sich nicht zweifellos so feststellen lassen, sind entweder überhaupt nicht zu berücksichtigen oder, wenn ihre Erwähnung aus besonderen Gründen geboten erscheint, nur unter Mitteilung der von dem Aufsichtsbekanntem unternommenen Versuche zu ihrer Klärung und unter ausdrücklicher Betonung ihrer Unkontrollierbarkeit wiederzugeben. Es ist zur Vermeidung jeder überflüssigen und lästigen Ausdehnung strengstens darauf zu achten, daß der Bericht nur über diejenigen Punkte sich verbreitet, hinsichtlich

lich deren im Berichtsjahr Wahrnehmungen gemacht worden sind, die wesentlich genug erscheinen, um zur Kenntnis des Bundesrates und des Reichstages gebracht zu werden.“

Dieser Erlaß fällt mit dem Protest des Bädermeister-Bezirkstages in Niederlahnstein zusammen, wo die Kassauer Unternehmer protestierten gegen die Auslassungen des Gewerbeinspektors in Wiesbaden, der in seinem Bericht Stimmen aus Unternehmerkreisen veröffentlichte, die für ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit eintraten. Hatte auch das Scharfmachertum bei dem Ministerkaas seine Hand im Spiele?

Die Mainzer Handelskammer zur Arbeitsnachweisfrage. Im Jahresbericht für 1909 ist folgende beachtenswerte Stelle über die Arbeitsnachweise enthalten:

„Die Organisierung des Arbeitsnachweises ist eine wichtige soziale Aufgabe. Sehr bemerkenswerte Fortschritte sind in dieser Hinsicht schon erzielt worden. Als im Berichtsjahre für den Bergbau des Ruhrreviers ein von den Arbeitgeberern eingerichteter zentraler Arbeitsnachweis ins Leben trat, ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht richtiger sei, gesetzlich den Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage allgemein zu regeln. Vielfach wurde dies als eine unabweisbare Forderung hingestellt. Sehr mit Unrecht. Die öffentlichen kommunalen Arbeitsnachweise haben zweifellos ihre großen Verdienste, und ihr Ausbau ist durchaus erstrebenswert. Es steht aber auch fest, daß diese allgemeinen Nachweise in manchen Gewerben und Anstellungsverhältnissen nicht befriedigend wirken, weil ihnen die Möglichkeit einer genügenden Individualisierung und Rücksichtnahme auf besondere Bedürfnisse abgeht. Dieser Vorzug haben die beruflichen Arbeitsnachweise, und zwar haben sich solche sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite bewährt. Ein Beispiel für letztere Art sind die von kaufmännischen Vereinen unterhaltenen kaufmännischen Stellennachweise. Es wäre höchst unangebracht, in diese Entwicklung von Staats wegen einzugreifen und an die Stelle einer gesunden Entwicklung und Konkurrenz die Schablone der „paritätischen“ Organisation zu setzen. Die Aufgabe des Staates auf diesem Gebiete kann nur darin bestehen, die Entwicklung sorgfältig zu überwachen und, wo berechnete Interessen geschädigt werden, schützend einzugreifen, nicht aber gesunde Institutionen einer theoretischen Gleichmacherei zuliebe zu vernichten.“

Im allgemeinen ist man vom Scharfmachertum, das in diesen Institutionen tonangebend ist, eine solche Auslassung nicht gewohnt.

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Die Verbandsversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die in Köln a. Rh. am 15., 16. und 17. September tagte, hat auch zu dieser wichtigen Frage Stellung genommen. In der Verbandsstageschrift sind hierüber sehr interessante Abhandlungen von Rechtsanwält Singheimer-Frankfurt a. M., Dr. Zimmermann-Berlin und dem Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckerverbandes Döblich-Berlin enthalten. Letzterer untersucht, weshalb in Deutschland alle Versuche einer gesetzlichen Regelung völlig negativ verlaufen sind und sagt: „Wenn die gesetzliche Regelung der Tarifverträge so großen Schwierigkeiten begegnet, so dürfte die Ursache darin liegen, daß hier ein Gebiet zu behandeln ist, wo die Interessen der Arbeiter und der Unternehmer oft kollidieren, und daß namentlich in den Reihen der letzteren einflußreiche Kräfte am Werke sind, die Erweiterung und den Ausbau der Tarifverträge mit allen Mitteln zu verhindern, weil sich diese Kräfte mit dem Gedanken nicht abzufinden vermögen, daß über die Bewertung der Ware Arbeitskraft der Arbeitgeber derselben mitbestimmen will.“ Als Musterbeispiel führt Döblich die Aussperrung im Baugewerbe an. „Die treibenden Kräfte waren die Arbeitgebervereinigungen; sie bezweckten lediglich, die Arbeiterschaft zu zwingen, das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen preiszugeben und das Recht der Unternehmer anzuerkennen, die grundlegenden Tarifbestimmungen einseitig aufzustellen.“ Wo solche Absichten die Entwicklung des Tarifgebändens beeinflussen, kann schwerlich von einem gesunden Tarifvertragsverhältnis die Rede sein, und jede Form der gesetzlichen Regelung, die jene Absichten nicht im Grunde erstickt, würde zur Vergiftung des gesamten Tarifwesens führen müssen. Als Vorbedingung jeder gesetzlichen Regelung der Tarifverträge bezeichnet Döblich die Beseitigung der Hindernisse, die nach dem bürgerlichen Recht dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit durch gewerbliche Berufsvereine entgegenstehen und die Schaffung eines freien gewerblichen Koalitionsrechtes. Aber Döblich zweifelt daran, daß im Staate der Sozialgesetzgebung die soziale Einsicht soweit entwickelt ist, daß man solche Gesetze erläßt. „So berechtigt, ja notwendig diese Forderung erscheint,“ so sagt er, „dürfte bei dem Bestreben unserer Gesetzgebung, jede Entwicklung — selbst der opferreichen und humanitären Tätigkeit der Gewerkschaften — zu hemmen, vorläufig nicht daran zu denken sein, daß die Hindernisse gegen eine freie Entwicklung derselben beseitigt werden.“

Zimmermann warnt vor der schematisierenden Gesetzgebung, die der vorwärtsdrängenden Entwicklung im Tarifvertragswesen Schranken setzen will. In freudiger Erkenntnis über die Entwicklung führt er aus: „Von einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge kann und darf also in Deutschland zurzeit nicht die Rede sein.“ Freilich hält auch er es für ausgeschlossen, daß auch fürderhin das große soziale Risiko der Kollektivverträge, von deren Erfüllung Krieg oder Frieden für ganze Industrien abhängt, lediglich auf den schwankenden Geiriffen Freu und Glauben ruhen darf. Auch die Tarifverträge müssen ihr Recht haben! Natürlich kein dogmatisch konstruiertes Recht, wozu wir in zahlreichen juristischen Werken schon die eifrigsten Ansätze vor uns sehen, sondern vorerst ist nichts anderes als eine bescheidene gesetzliche Fixierung des tariflichen Gewohnheitsrechts nötig. „Das, was heute bereits anerkannter Rechtsvorschriften fast aller tarifvertragsschließenden Parteien ist,“ so sagt er, „soll zur allgemeinen Tarifrechtsnorm erhoben werden und entgegenstehende Engherzigkeiten, Hemmnisse oder Mängel unserer geltenden Vertrags-, Vereins- und Koalitionsrechts müssen beseitigt oder im Hinblick auf die Tarifverträge wenigstens ausgeschaltet werden. Nicht schöpferisches Gesetzesrecht, das als „konstituiertes Prinzip“ in die Tarifvertragsentwicklung einzugreifen bestimmt ist, ist zu schaffen, sondern das bestehende Gesetzesrecht ist dem

Eigenrecht, das die Tarifvertragsentwicklung bereits aus sich heraus geboren hat, als dienendes Gestell anzupassen.“

Das ist es, worauf die Gesetzgebung sich vorläufig beschränken muß. Die Tarifvertragsidee, die, wenn sie einmal Allgemeingeltung erlangen soll, und ausschließlich zur Regulierung aller Arbeitsvertragsnormen im einzelnen Gewerbe wie in ganz Deutschland dienen soll, braucht eine freie, gesetzlich gesicherte Entwicklung. Jede Fessel führt zur Verkümmern und Entartung.

Die Abnahme der Bettelerei — ein Erfolg der Gewerkschaften.

Das trotz der großen wirtschaftlichen Krisen und der oftmals sehr umfangreichen Arbeitslosigkeit das Betteln ständig abnimmt, ist zweifellos der Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu danken. In einem kürzlich erschienenen Buche über Bettel und Landstreicherei im Königreich Bayern (München, Ernst Reinhardt's Verlag, 1910) beschäftigt sich Dr. Ferdinand Knoblauch eingehend mit dieser Frage. Nach feing nach amtlichem Material vorgenommenen Aufstellungen wurden in Bayern wegen Bettelns und Landstreicherei verurteilt:

1881	96258	1892	66092
1883	77149	1894	61519
1885	75621	1896	49156
1887	73937	1898	47730
1889	70282	1899	42370

In diesen 18 Jahren sind also die Verurteilungen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Für das Jahr 1899 ergeben sich ungefähr nur noch drei Siebtel der Verurteilungen des Jahres 1881. Eine ähnliche Abnahme der Verurteilungen wegen Bettelns hat Baden zu verzeichnen. Es wurden dort wegen Bettelns und Landstreichens verurteilt:

1884	6952	1896	5342
1887	6311	1898	4793
1890	4543	1899	4184
1893	6528		

Die Abnahme ist hier nicht so stark, aber mit Ausnahme der Steigerung am Anfang der neunziger Jahre — in der furchtbaren Krisis! — ist die Abnahme eine ständige. Dr. Knoblauch sucht nach den Ursachen der Zu- und Abnahme der Verurteilungen und zieht auch die Bewegung der Getreidepreise heran. Wohl ergibt sich nun, daß mit der Abnahme der Getreidepreise auch die Verurteilungen wegen Bettelns abnehmen. Aber die Abnahme ist noch größer, als später die Getreidepreise wieder ganz gewaltig in die Höhe gehen! Hierauf weist Dr. Knoblauch keine andere Erklärung zu finden als daß sich die wirtschaftliche Lage des Volkes gehoben habe und sich mittlerweile die kommunalen Arbeitsnachweise entwickelt hätten. Aber die Bevölkerung ist doch gewachsen, die Arbeitslosigkeit ist absolut — nicht relativ — dennoch größer geworden, der Existenzkampf ein schwerigerer, die Existenzunsicherheit ist größer usw. Wenn dennoch eine so starke Abnahme des Bettelns stattfindet, wie sie aus den Verurteilungen geschlossen werden kann, so ist dies der Entwicklung der Arbeiterorganisationen zu danken, die ihren Mitgliedern eine Stütze in der Zeit der Arbeitslosigkeit bieten, aber auch zur moralischen Hebung der Arbeiter das meiste beigetragen haben. Dr. Knoblauch empfiehlt, eine Statistik der Bettler aufzunehmen, welche alle Momente erforschen soll, die die Bettler auf die Straße des Bettlers und Landstreichers führten. Eine solche Statistik würde heute auch ergeben, daß unter den Bettlern fast gar keine oder nur sehr wenige organisierte Arbeiter mehr zu finden sind.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Niesenkampf auf den Schiffswerften beendet.

Der gewaltige Kampf der auf den Schiffswerften beschäftigten Arbeiter wurde am 8. Oktober durch die Annahme der getroffenen Abmachungen seitens der Arbeiter und Unternehmer nach neunwöchiger Dauer beendet und am 10. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen. Damit wurde eine Phase des wirtschaftlichen Kampfes abgebrochen, die sich gegen die größte Scharfmacherorganisation in Deutschland, den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, richtete und zum erstenmal seine „Prinzipien“ über Bord werfen mußte. Der Gesamtverband lehnte es bisher prinzipiell ab, mit Arbeiterorganisationen zu verhandeln und mit ihnen Vereinbarungen bezüglich der Mindestlöhne zu treffen. Die Regel war bei den Unternehmern die Einladung ihnen genehmer Arbeiter oder Arbeiterausschüsse zu Besprechungen über die „Wünsche“ der Arbeiter und günstigenfalls wurden die Vertreter der Gewerkschaften angehört. Auch damit wurde gebrochen und nach vorausgegangener Scheiterung der Verhandlungen, weil neben den Vertretern der Zentralverbände Gelbe hinzugezogen werden sollten, bequemen sich die Unternehmer auf den Verzicht letzterer.

In mehrmaligen Verhandlungen, die bereits den Anschein erweckten, daß jede Verständigung an dem Verhalten der Unternehmer abprallen wird, wurde in letzter Stunde noch eine Einigung erzielt. Der ersuchte Preis des Kampfes ist für die Arbeiter: Festsetzung eines Mindestlohnes von 40 pZt pro Stunde für erwachsene Arbeiter; Erhöhung familiärer Löhne um 2 pZt pro Stunde; Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde ab 1. Januar 1911 und Erhöhung des Stundenlohnes um 1 pZt ; Einstellung einzelner Streikenden; Wahl von Arbeiterausschüssen. Einzelne lokale Wünsche bleiben der Regelung der Arbeiter mit den Werften vorbehalten. Von diesen Abmachungen scheiden aus die Hamburg-Amerika-Linie und die Woermann-Linie, wobei 700 bis 800 Mann in Frage kommen. Die Wiederaufnahme der Arbeit ging jedoch nicht so glatt von statten. In einzelnen Betrieben in Hamburg sollte nur ein Teil angenommen werden, nur bei Blohm & Hoß vollzog sich die Aufnahme einigermaßen in geregelter Weise. Wie bekannt wurde, sollen die Unternehmer beschließen haben, zunächst nur 50 pZt der Arbeiter wieder einzustellen, davon ist aber den Unterhändlern keinerlei Mitteilung gemacht worden; ebenso wurde aus Wilhelmshafen berichtet.

Ferner gab es Differenzen wegen Auszahlung des bei Niederlegung der Arbeit stehengebliebenen Affordüber-schusses. Das alles gab den Anstoß, daß die Arbeiter am

11. Oktober wieder die Betriebe verlassen. Erneute Unterhandlungen führten am 14. Oktober zu dem Ergebnis, daß in den strittigen Fragen eine Einigung erzielt wurde. Danach werden bis Ende des Monats sämtliche Ausständigen ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt. Die Affordüberbrüsse werden ausbezahlt. Damit wurden die bei der Wiederaufnahme der Arbeit entstandenen Differenzen beseitigt. Die Hamburg-Amerika-Linie wird noch in diesen Tagen mit einer Kommission ihrer Arbeiter verhandeln.

Wie in Hamburg so auch in Kiel und Stettin stimmte von den Streikenden eine große Minderheit gegen die Beendigung des Kampfes. Wenn jedoch der Ausgang ruhig beurteilt wird, so ist das eine feststehend, daß die Arbeiter einen gewaltigen Erfolg über die Scharfmacher der Seeschiffswerften erfochten haben. Selbst die „Hamburger Nachrichten“, ein Scharfmacherorgan par excellence, kommen in der Ausgabe vom Freitag, 7. Oktober, zu dem Ergebnis:

„Alle wesentlichen Forderungen der Arbeitnehmer sind erfüllt worden, vor allem Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Was man daneben hat fallen lassen, ist von geringer, nur taktischer Bedeutung als Kampfmittel.

Heute müssen wir offen aussprechen, daß die gestern vollzogene Einigung schlecht und recht nichts anderes bedeutet, als eine Niederlage der Arbeitgeber unter erschwerten Umständen.“

Aus diesen Zeilen spricht die enttäuschte Scharfmachersehnsucht, die die Autokratie des Unternehmertums in Arbeitsverträge schwinden und die Anerkennung der Gewerkschaften vorrückend sieht. Der unaufhaltbare Vormarsch der Gewerkschaftsarmee macht vor der Zwingsburg der „Herren im Hause“ nicht halt!

Der nächste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet 1911 in Dresden statt. Die Zeit der Tagung wird noch später bestimmt. Eine am 10. und 11. Oktober in Berlin stattgefundene Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände entschied sich für Dresden als Kongressort deshalb, weil im nächsten Jahre in Dresden eine internationale Hygieneausstellung stattfindet, an der sich die Zentralverbände beteiligen werden. Mit dieser Ausstellung soll eine Heimarbeitausstellung verbunden werden. Auch hierzu wurde die Anteilnahme beschlossen. Zur Vorbereitung aller notwendigen Schritte wurde ein Organisationskomitee aus elf Vertretern der Berufsgruppen und zwei Vertretern der Generalkommission eingesetzt.

In die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission tritt am 1. Januar 1911 Genosse Max Schippel ein. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission wurde am 1. April d. J. eingerichtet. Sie steht unter der Leitung des Genossen Robert Schmidt, der seine Stellung im Zentral-Arbeitersekretariat aufgab, um in das sozialpolitische Bureau einzutreten. Mit der Abteilung sind auch die Geschäfte der bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterschutz, zur Bekämpfung des Rost- und Logiszwanges sowie der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) verbunden worden. Der bisherige Angestellte der Bauarbeiterschuttkommission, Genosse Heine, trat sogleich mit der Uebergabe der Geschäfte dieser Kommission in die sozialpolitische Abteilung ein.

Politische Rundschau.

Daß die Scharfmacher die Moabiter Woche zu bewerten suchen würden, war vorauszu sehen, und haben wir auch schon in letzter Nummer darauf hingewiesen. Auf der einen Seite werfen sie jetzt der Polizei, die doch nachgerade durch ihr blindes Draufgängertum in Moabit die ganze Welt in Staunen setzte, vor, sie habe von Anfang an nicht mit dem nötigen Schneid eingegriffen und der Staat habe auch außerdem seine Pflicht versäumt, die Soldateska sofort aufzumarschieren zu lassen — auf der andern Seite werden jetzt in den Blättern vom Schläge der „Norddeutschen Allgemeinen“, „Post“ usw. Strapazographen gegen die Bestrebungen der Arbeiterchaft gefordert.

Man hofft nun endlich zu einer Verwirklichung des bekannten Wortes zu kommen: „Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert.“ Daß der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch gegenwärtig noch in Beratung ist, kommt ihnen gerade gelegen; ein gängliches Verbot des Streikpostentehens und jede „Belästigung“ Arbeitswilliger unter schwerster Strafandrohung zu stellen, ist das mindeste, was sie fordern. Aber die Arbeiterchaft hat sich schon zu Wehr gesetzt und hat bereits auf Aufforderung der Generalkommission und des Parteivorstandes hin in wichtigen Demonstrationenversammlungen Stellung zu diesen Plänen genommen oder wird es in nächster Zeit noch tun. Wir wollen auch an dieser Stelle noch einmal unsere Mitglieder verpflichten, unter allen Umständen an solchen Demonstrationen teilzunehmen; je wichtiger diese Proteste ausfallen und je eifriger in dieser Zeit überhaupt an dem Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gearbeitet wird, um so besser wird dieser neueste Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiterchaft abgeschlagen werden können.

In Labiau-Wehlau, einem ostpreussischen Wahlbezirk, steht infolge des Ablebens des bisherigen konservativen Abgeordneten Arendt noch eine Nachwahl bevor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie diesmal in die Stichwahl kommt. 1908 fehlten hierzu nur noch 50 Stimmen, während bei den Hottentottenwahlen 1907 allerdings die Konservativen von vornherein eine übergroße Majorität über Freisinnige und Sozialdemokraten hatten. Die Unzufriedenheit mit der Reichsfinanzreform wird aber auch in diesem ländlichen Wahlkreise die rote Blut wiederum haben steigen lassen.

Im Zentrum mehren sich jetzt die Stimmen, die die Nationalliberalen mit in den blau-schwarzen Block einbezogen wissen möchten. So führte der Abgeordnete Trimborn gelegentlich einer Wählerversammlung in Köln aus: „Es bleibt der Regierung kein anderer Weg übrig, als alle Kräfte zu einer zuverlässigen Abwehrmehrheit gegen das weitere Vordringen der Sozialdemokratie und zu einer Arbeitsgemeinschaft auf mittlerer Linie zu sammeln. Eine solche Politik müßte allerdings wieder an den Fäden an-

knüpfen, der 1906 so jäh zerrissen worden ist. Die Regierung müsse ein deutliches Wort an die Adresse der nationalliberalen Partei richten.“

Nun, wenn es nach den nationalliberalen Führern ginge, so haben diese schon längst bereit, daß sie sich aus dem Regierungsbund herausdrängen ließen. Auf dem nationalliberalen Parteitage in Cassel hat auch Wasserfall sich wieder mehr auf die rechte Seite seiner Partei gestellt, so daß sogar die „Kreuzzeitung“ ihm das Lob spendete, daß er eher konservativ als freisinnig ist. Er sprach es aus, daß eine Lösung der unleidlichen Verhältnisse nur in einer Zusammenfassung aller liberalen und konservativen Kräfte liege. Natürlich gab man zur Beruhigung der jungliberalen Elemente zunächst die Parole: „Selbständigkeit nach rechts und nach links.“ Aber über die Selbständigkeit nach rechts werden die Konservativen, wenn erst der Frieden mit ihnen wieder völlig hergestellt sein wird, nach ihrem Gutdünken entscheiden.

Auf der andern Seite werden die Nationalliberalen von den Freisinnigen umworben. In Sachsen haben letztere zwar beschlossen, bei den nächsten Wahlen möglichst überall eigene Kandidaten aufzustellen, doch sollen liberale Doppelkandidaturen vermieden und deshalb eine auf Gegenseitigkeit beruhende Verständigung mit den Nationalliberalen angebahnt werden.

Man ist demnach überall bereits mit den Vorbereitungen zu dem großen Kampfe im Gange, der jedenfalls schon im nächsten Sommer oder Frühherbst ausgefochten werden soll; man wartet aber noch immer schmerzlich auf ein Wahlprogramm der Regierung, neben den Konservativen vor allem das Zentrum, das als Mitschuldiger des Schnapsbundes gern die Aufmerksamkeit der Massen von seinen früheren Schandtat ablenken möchte. Die „Germania“ leidet ihre dahingehende Forderung in folgende Worte:

„Vor den nächsten Wahlen muß das Land unbedingt wissen, wohin die Reise gehen soll. Der Reichstangler muß sagen, was er will, damit die Parteien und die Wähler sagen können, ob sie es auch wollen, und damit den Lügen, Entstellungen und Verdächtigungen der Agitatoren auf der Linken wirksam entgegengetreten werden kann. Was er will, ist doch sicher nicht derart, daß vernünftig und maßvoll denkende Leute ihm nicht beipflichten und es vor den Wählern nicht vertreten könnten. Das zurückhaltende Schweigen muß schließlich selbst diejenigen lau und mißtrauisch machen, die die Regierung zu unterstützen bereit sind; denn es muß den Eindruck erwecken, als fühle er sich bei ihnen nicht wohl und warte auf einen günstigen Augenblick, um sich den andern zuzuwenden. Einmal wird der Fuchs doch zum Loche heraus müssen. Einmal muß doch bekannt werden, was die Regierung will, einerlei, ob es verschiedenen Leuten, auf die sie vielleicht noch Hoffnungen setzt, gefällt oder nicht. Das Zögern kann verhängnisvoll werden, wenn der richtige Augenblick zum Handeln verpaßt wird. Sozialdemokratie und Liberalismus sind so eifrig an der Arbeit, daß man mit der Gegenarbeit leicht zu spät kommen kann. Ein „verfrühtes“ Wahlprogramm kann es unseres Erachtens gar nicht geben. Verfrüht könnte nur eine „Wahlparole“, ein Schlagwort sein, das die Gegner bis zu den Wahlen vollständig zerpflücken und diskreditieren könnten. Aber für ein Programm, für die Klarlegung der Ziele und Absichten der Regierung kann es nicht zu früh sein, ist es heute wenigstens nicht mehr zu früh. Nicht die Ueberrumpelung, sondern die Aufklärung und Ueberzeugung der Wähler muß angestrebt werden. Sie können gar nicht zu früh wissen, wohin die Reise gehen soll, denn sie sollen doch nicht in einen Abgrund oder eine Falle gelockt werden, daß sie Weg und Ziel vorher gar nicht sehen dürften.“

Hoffentlich erhört Bethmann dieses Flehen recht bald. Die Reaktion hat in Deutschland einen neuen Triumph zu verzeichnen. Die freie Jugendorganisation in Berlin war von der Berliner Polizei zu einem politischen Verein gestempelt worden, und da der Verein, welcher nur die wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder wahren will, sich dem nicht unterwarf, seine Satzungen usw. der Behörde nicht einreichte, so wurde er kurzerhand aufgelöst. Die dagegen ergriffenen Rechtsmittel haben gleichfalls versagt — das Oberverwaltungsgericht hat jetzt die Auflösung für gerechtfertigt anerkannt! Die Entscheidungsgründe liegen im Wortlaut noch nicht vor, man darf darauf gespannt sein, wie die „Rechtfertigung“ aussieht. Nun, es werden sich Wege und Mittel finden lassen, um dennoch die Interessen der proletarischen Jugend im Sinne der organisierten Arbeiterchaft zu wahren.

Das lebhafteste Interesse der ganzen Kulturwelt war in der letzten Woche auf den Generalstreik der Eisenbahner in Frankreich gerichtet, der sich aus einem wirtschaftlichen Kampf — die Eisenbahner forderten vor allem von der Nordbahngesellschaft (einer privatkapitalistischen Clique) eine Lohnerhöhung — durch das brutale Eingreifen der französischen Regierung zu einer politischen Machtfrage entwickelte. Der Ministerpräsident Briand und der Eisenbahnminister Millerand — beides ehemalige Sozialisten — erwiesen sich als die krupellosesten und brutalsten Beschützer der kapitalistischen Interessen. Die Streikführer wurden, soweit sie nur irgend wie habhaft waren, festgenommen, die gesamten Bahnstrecken mit Militär besetzt und die Eisenbahner selbst als militärdienstpflichtig einberufen, so daß sie unter die Militärgefesse gestellt waren. Trotz dieser drakonischen Maßregeln griff der Streik in den ersten Tagen immer weiter um sich, sprang auf die Staatsbahnen und später auf die Elektrizitätsarbeiter, auf Straßenbahner usw. in Paris über. Zur Stunde ist der Ausgang des Kampfes noch nicht ganz zu übersehen, aber durch die in Aussicht stehenden Verhandlungen scheinen den Streikenden einige ihrer Forderungen in Erfüllung zu gehen. Offenbar sind jedoch die französischen Gewerkschaften zu langwierigen Niefenkämpfen gegen die gesamte Macht des Staates doch noch nicht reif. Ihre Angriffe werden mit einem ungeheuren Glan geführt, aber es fehlt ihren Organisationen an dem inneren Ausbau, um im zähen wochen- und monatelangen Ringen auszuhalten zu können und das zu ertragen, was der erste Angriff versagte. Die Lehren dieses großen Kampfes sind auch für die deutsche Gewerkschaftsbewegung von großem Werte.

Allgemeine Rundschau.

Die rote Internationale. Unlässlich des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen hatte das dortige Parteiorgan eine Zusammenstellung der numerischen Stärke des Sozialismus in der ganzen zivilisierten Welt veröffentlicht. Nach dem Bericht des Brüsseler sozialistischen Sekretariats wurden bei den letzten Wahlen folgende sozialistische Stimmen in den verschiedenen Ländern gezählt:

Deutschland	3250000
Frankreich	1100000
Oesterreich	1000000
Vereinigte Staaten	600000
England	500000
Belgien	500000
Italien	389000
Finnland	337000
Schweiz	100000
Dänemark	99000
Norwegen	90000
Holland	82000
Schweden	75000

8072000

In den Parlamenten verteilt sich die Zahl der sozialistischen Mandate wie folgt:

Finnland	84	auf	200	(42,0 pSt.)
Schweden	36	"	165	(21,8 ")
Dänemark	24	"	114	(21,8 ")
Belgien	34	"	166	(20,5 ")
Luxemburg	10	"	48	(20,0 ")
Oesterreich	88	"	516	(17,0 ")
Frankreich	76	"	584	(13,0 ")
Deutschland	45	"	397	(11,3 ")
Norwegen	11	"	123	(9,0 ")
Italien	44	"	508	(8,6 ")
Holland	7	"	100	(7,0 ")
England	40	"	670	(6,0 ")
Schweiz	7	"	170	(4,0 ")
Serbien	1	"	160	(0,62 ")
Spanien	1	"	404	(0,25 ")

Für die Arbeiterinnen.

Ein Schandsystem.

Aus Dresden schreibt uns ein weibliches Mitglied: In keinem andern Industriezweig findet man wohl ein derartig gefühlverlesendes Visitationsystem wie in der Schokoladen- und Zuckermwarenbranche. Die Ursachen, die dieser Erscheinung zugrunde liegen, kann man sich leicht erklären. Die in den Fabriken unferses Berufes hergestellten Waren sind meistens Naschartikel. Sie sind auf den Naschtrieb, auf den Gang zum Süßen, den wohl jeder Mensch hat, berechnet. Die besseren und guten Sachen können sich nur die Bessergestellten leisten, während die gewöhnlichen billigen Waren für die zugeschnitten sind, die am wenigsten Geld dafür übrig haben, für die Arbeiterbevölkerung. In dem nun die Erzeuger dieser Waren infolge der miserablen niedrigen Löhne, die sie dafür erhalten, nicht in der Lage sind, sich einmal in dieser Beziehung eine Abwechslung zu gestatten, kommen schwache Charaktere in die Versuchung, sich Sachen, die sie unter den Händen haben, auf unehrliche Weise anzueignen. Diesen Versuchungen unterliegen aber nicht nur Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Fälle von Unehrlichkeit in dieser Hinsicht findet man auch bei Personen, die sich gewöhnlich nicht zum Arbeiterstand rechnen, und hier dem Verhältnis nach mehr als dort. Diesen Verlust, den der Unternehmer durch derartige Manipulationen erleidet, will er aber nicht auf das Verlustkonto schreiben, sondern er versucht, durch besondere Maßnahmen diese Unsitte zu beseitigen. Er glaubt, dies durch das Ausfuchlassen der Leute zu erreichen. Würde aber der Unternehmer statt dessen ausreichende, anständige Löhne zahlen und für menschenwürdige Behandlung und Arbeitsverhältnisse sorgen, so würden die kleinen Vergehen gegen das Eigentum von selbst verschwinden.

Von diesem Standpunkt aus will ich auf das System der Visitation näher eingehen. In den meisten Fabriken werden nur die Arbeiterinnen ausgesucht, hin und wieder auch die Hilfsarbeiter und Lehrlinge. Während man das andere Personal also ungehindert passieren läßt, glaubt man, den Arbeiterinnen dieses bieten zu können. Man will die Scheinautorität der Meister, Direktrinnen, Gehilfen und des kaufmännischen Personals den Arbeitern gegenüber aufrecht erhalten. Doch jene sind auch bloß Menschen und unterliegen denselben Versuchungen gewiß ebenso leicht. Es gibt Betriebe, die jede, auch die kleinste Unehrlichkeit gerichtlich weiter verfolgen lassen. Es ist dies eine Brutalität, wegen einer Bagatelle einem Menschen das weitere Fortkommen zu erschweren, indem man ihn dem Strafrichter ausliefert. Und mag auch mitunter von Kollegen aus unsern Reihen eine solche Rigorosität gutgeheißen werden, um diese Fälle zum Verschwinden zu bringen, so stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß dies eine zu große Härte ist. Solange der Unternehmer geschäftlich berechtigt ist, aus unserer Arbeitskraft mehrfachen Profit herauszuschlagen, indem er unsere Kraft zum Beispiel in der Saison bis aufs äußerste ausbeutet, um seinen Profit immer mehr zu vergrößern, solange soll man auch beim Arbeiter nicht jede kleine Verfehlung mit dem Strafgesetz verfolgen. Denn das böse Beispiel von oben verbirbt unten gute Sitten. Ich will damit durchaus nicht diese Fälle gutheißen; ich beurteile sie ebenso, wie ich die Ausbeutung durch den Unternehmer beurteile. Man verlange nur nicht von den Arbeiterinnen auf der einen Seite die moralische Charakterfestigkeit, während man ihnen diese Charakterfestigkeit auf der andern Seite durch ein schamloses Ausfuchungssystem nimmt. Ich will ein Beispiel aus einer Fabrik anführen, wo ich es selbst kennen lernte. Beim Verlassen der Fabrik kam es mir vor, als würde man von allen Seiten als Spießhube angesehen. Von der Arbeitsstätte bis zur Garderobe schon ein paar Aufpaffer. Nach dem Umkleiden Visitation durch die dazu angestellten Damen, von denen sich manche durch besonders schamloses Ausfuchen

nach bekannter Manier nach oben beliebt zu machen glaubte. Es müssen sich verheiratete und ältere Kolleginnen manchmal von kaum den Kinderschuhen entwachsenen Personen körperlich visittieren lassen. Wenn man nun glücklich aus der Garderobe heraus war, und man wollte zum Fabrikator hinauseilen, um endlich in die Freiheit zu gelangen, stellte sich einem der Portier mit ausgebreiteten Armen entgegen, als wollte er uns liebevoll ans Herz drücken und kommandierte uns in die Portierloge zur zweiten Visitation. Die Behandlung hier setzte dem andern die Krone auf. Ein schamloses Gebaren ist mir noch nicht vorgekommen, und ich kann es nicht begreifen, daß es Menschen gibt, die sich zu derartigem hergeben. Man scheute sich nicht, den Arbeiterinnen unter die Kleider zu fahren, weil man vermutete, auch dort noch Waren zu finden. Und dies ließ man durch jüngere, zum Teil noch ledige Personen ausführen. Glaubt denn so ein Unternehmer, uns Arbeiterinnen alles bieten zu können? Glauben solche Geldproben, daß uns ein Recht auf menschenwürdige, anständige Behandlung nicht zugestanden zu werden braucht? Glaubt man, für die „Kanaille Volk“ ist alles gut? Hat der Unternehmer ein Recht, wenn wirklich einzelne Fälle von Unehrlichkeit vorkommen, sämtliche Arbeiterinnen als Spitzbuben ansehen zu dürfen und durch solche körperliche Beleidigungen zu moralisch willenlosen Geschöpfen herabzubringen? Eine Dirne läßt sich derartige schamlose Behandlungen kaum gefallen, und wir als freie Arbeiterinnen müssen uns das bieten lassen?

Kolleginnen! Das kann so nicht weiter gehen. Dieses System müssen wir beseitigen! Alle organisierten Kolleginnen sollen sich dessen bewußt sein und mit gutem Beispiel vorangehen. Durch Wort und Tat muß die Aufklärung geschehen. In diesem Kampfe werden uns die weiblichen Agitationskommissionen von großem Nutzen sein. Jede Zahlstelle sollte, sobald nur einige Kolleginnen gewonnen sind, zur Bildung einer weiblichen Agitationskommission schreiten, um Material zu diesem Kampfe um menschenwürdige Zustände zu erlangen.

Drum mutig gestritten,
Tapfer und heiß,
Das Ziel fest im Auge,
Dann winkt uns der Preis.

N. R.

Genossenschaftliches.

Der Konsum- und Sparverein in Ehlingen verbaute im vergangenen Geschäftsjahr 696 588 kg Mehl, was einen Verkaufswert von M. 281 294,50 ergab, M. 29911 mehr als im Vorjahre. Die im vorigen Jahre eröffnete Bäckerei des Konsumvereins in Nürnberg verzeichnete innerhalb acht Monate einen Umsatz von M. 414 385. Auf sechs Ausziehböfen wird in drei Schichten zu je acht Stunden die Ware produziert. **Milhausen i. Eis.** hatte im letzten Geschäftsjahre in der Bäckerei einen Gesamtumsatz von M. 536 869, ein Mehr um 42 pZt. gegen das Vorjahr.

Auf sein zwanzigjähriges Bestehen blickt der Konsumverein in **Braunschweig** zurück. Das Jubiläumsjahr hat in geschäftlicher Beziehung gut abgeschlossen. Der Gesamtwert der Bäckereiproduktion betrug M. 895 780 gegen M. 827 750 im Jahre vorher. Als Reinüberschuss verbleiben M. 39 985.

Die Konsum- und Produktgenossenschaft „Befreiung“ in Elberfeld berichtet, daß in der Bäckerei ein Mehrumsatz von M. 149 000 gegen das Vorjahr zu verzeichnen ist.

Der allgemeine Konsumverein für Halle und Umgegend hat ebenfalls das zwanzigste Geschäftsjahr hinter sich. Die Bäckerei brachte im letzten Jahre einen Umsatz von M. 722 202.

Von einer günstigen Entwicklung der Bäckerei berichtet der **Konsum- und Sparverein in Erlangen**. Die Produktion stieg von M. 195 689 auf M. 254 022, also um M. 58 333.

In **Lüdenscheid** wurden in der Bäckerei der **Konsum- und Produktgenossenschaft** für M. 70 356 Backwaren hergestellt. Nach reichlichen Abschreibungen betrug der Ueberschuss M. 3083.

Der Wehlar-Braunfelder Konsumverein berichtet in seiner letzten Generalversammlung, daß der Umsatz in Backwaren von M. 128 882 auf M. 155 876 stieg, demnach um M. 26 994.

Zwei moderne Bäckereianlagen wurden am 14. August in Eröffnungsfeiern geweiht. In **Lampertsheim** bei Mannheim und in **Wangen** (Württemberg). Die Errichtung von Bäckereien wurde in mehreren Städten beschloffen. In **Ludwigshafen a. Rh.** wird zum November im neubauten Betrieb gebaude werden. **Mannheim** beschloß, im kommenden Jahre den Bau einer Bäckerei in Angriff zu nehmen. In **Nahla** wird in der neubauten Dampfbäckerei der Betrieb noch in diesem Monat aufgenommen.

Die neue Bäckereianlage der Konsumgenossenschaft für **Berlin und Umgegend** ist im Bau soweit vorgeschritten, daß aller Voraussicht nach schon im kommenden Monat der Betrieb eröffnet werden kann.

Der Uebergang zur Eigenproduktion von Bäckereiwaren hat also in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte aufzuweisen, trotzdem die Bäckermeister keinen Augenblick von der Hege gegen die Genossenschaftsbewegung Abstand nahmen. Besonders schwer im Magen liegen ihnen die Beschlüsse, betreffend die Genossenschaftsfrage von internationalen Sozialistengongress und dem sozialdemokratischen Parteitag. Nun wird Zeter und Mordio geschrien und die Regierung um Hilfe angefleht: „Sie soll energisch gegen die Sozialdemokratie und die Konsumvereine vorgehen, dann ist auch für den Mittelstand der Weg der Selbsthilfe gegeben.“ Das Rezept der Zünftler wird der rüstig vorwärtsschreitenden Bewegung so wenig Abbruch tun können wie die ingenierte maßlose Verdächtigung und Verleumdung gegen die Konsumvereine.

Ein englischer Gewerkschafter über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Konsumvereinen. Gelegentlich einer genossenschaftlichen Ausstellung in Soho, am

3. Septemeber, hielt der Vorsitzende des Gewerkschaftsartells in Birmingham ein Referat über die „Arbeitsbedingungen innerhalb und außerhalb der Genossenschaftsbewegung“, im Verlauf dessen er ausführte: „Wir, als Gewerkschafter und Arbeiter überhaupt, müssen der Genossenschaftsbewegung für das Beispiel, das sie den Privatunternehmern hinsichtlich der Beschäftigung Jugendlicher gegeben hat, dankbar sein.“ Der Referent betrachtet die Bewegung als eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Emanzipation der Arbeit und als ein Beispiel einer glücklichen Vereinigung von Kapital und Arbeit. Wäre die Genossenschaftsbewegung allgemein, würde das Wirtschaftsleben durch Streits und Aussperrungen, wie solche in den nordenglischen Schiffswerften vorkommen, nicht beunruhigt werden. Es sei allgemein bekannt, daß die Kettenmacherinnen in Cradley Heath seit Jahren unter dem Schwitzsystem beschäftigt werden und daß nunmehr, da die Regierung ein Gesetz gegen das Schwitzsystem angenommen hat, den Unternehmern gestattet wird, Frauen unter den früheren schändlichen Bedingungen weiter zu beschäftigen. Das Gewerkschaftsartell in Birmingham habe kürzlich eine Untersuchung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in privaten Bäckereibetrieben beschäftigten Gehilfen vorgenommen, die ergab, daß in der Stadt Birmingham und in ihrer Umgegend die Bäckergehilfen im Durchschnitt wöchentlich 70 bis 80, in einigen Fällen sogar 90 bis 100 Stunden für einen Wochenlohn arbeiten müssen, der zwischen M. 20 bis M. 26 schwankt. Eine im gleichen Gebiete vorgenommene Prüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den genossenschaftlichen Bäckereibetrieben beschäftigten Gehilfen ergab dagegen, daß in sämtlichen Genossenschaftsbetrieben anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen und in jedem Falle die genossenschaftlichen Lohnbedingungen beachtet werden. Zu lange hätten die Arbeiter ihre Hände rastlos für die Kapitalisten geregt, während sie durch die Genossenschaften ihre eigenen Kapitalisten werden können. Die Konsumgenossenschaftsbewegung sei eine Bewegung des Volkes für das Volk.

Technische Rundschau.

Marzipanstanze zur Herstellung von Königsberger Randmarzipan. Der Gegenstand (D. R. G. M. Nr. 422 903) verfolgt den Zweck, eine Marzipanstanze zu schaffen, mittels welcher Marzipanstückchen vollständig fertiggestellt werden. Diese müßten bisher ausschließlich mit der Hand gearbeitet werden, was enorme Zeit in Anspruch nimmt und nur von geübten Händen ausgeführt werden kann, indem erst der Boden ausgestochen und der Rand zunächst in lange Streifen geschnitten werden muß, der dann mit der Hand aufgesetzt wird. Das Kneifen geschieht ebenfalls mit der Hand mittels kleinen Messingneisern. Diese ganze Herstellungsweise ist sehr zeitraubend und kann meistens die Fabrikation dieses Königsberger Randmarzipans mit den großen Bestellungen vor Weihnachten nicht Schritt halten, was doppelt unangenehm empfunden wird.

Mit dem Gegenstand vorliegender Anmeldung wird eine vierfache Zeitersparnis erzielt und die ganze Herstellung kann damit von jedem Laien ausgeführt werden; außerdem fallen die Marzipanstücke alle gleichmäßig aus, was bei Herstellung mit der Hand nicht möglich ist. Die Handhabung ist eine sehr einfache, und die Marzipanstückchen werden gleichmäßig geformt, gerändert und gekniffen.

Literarisches.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhns erschien soeben als Heft 11 der unter Leitung von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Verfasser gibt zunächst einen Ueberblick über die Geschichte und die Entwicklung des Fortbildungsschulwesens. Daran schließt sich die Erörterung der Aufgaben und Ziele und — nach einer Schilderung der reaktionären Tendenzen — eine Darstellung der gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen der Fortbildungsschulen. Nachdem Bruhns dann die innere Organisation der Fortbildungsschulen, die ländliche Fortbildungsschule und die Mädchenfortbildungsschule in den einzelnen Bundesstaaten besprochen hat, wendet er sich zur Darlegung der prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie, um uns endlich unter Bezugnahme auf sozialistische Schriftsteller wie den schweizerischen Lehrer Robert Seidel und auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitages das sozialistische Erziehungsideal vor Augen zu führen.

Für die Gemeindevertreter, für die sie in erster Linie bestimmt ist, unentbehrlich, dürfte die Schrift allen Parteigenossen, ja weit darüber hinaus allen denen, die die hohe Bedeutung des Fortbildungsschulwesens erkannt haben, ein wertvolles Mittel zur Bereicherung ihrer Kenntnisse auf diesem wichtigen Gebiete sein.

Preis M. 1. Agitationsausgabe 50 s. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Joseph Dieckens Philosophie, gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat. Von Henriette Roland-Holst. Preis M. 1. 91 Seiten. Verlag der Dieckenschen Philosophie, München.

Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken. Von Ernst Mehlisch. Broschiert 60 s., gebunden M. 1. 64 Seiten. Verlag Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft.

Kindersagen und kein Ende? Von Dr. Fritz Brunsbacher in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe. Preis 50 s. 50 Seiten. Verlag G. Wirth & Co. m. b. H., München.

Die „Neue Zeit“, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, erscheint im Verlag von Paul Singer, Stuttgart, und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 s. Zum 1. Oktober beginnt ein neuer Jahrgang.

Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff nebst einer Biographie Wolffs von Friedrich Engels. Mit Einleitung und Anmerkungen. Preis broschiert M. 1,50, gebunden M. 2. Wer näheres über die sozialistischen Neudrucke erfahren will, verlange die kostenlose Zusendung eines Prospektes vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Schriften sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Anzeigen.

Zahlstelle Hamburg-Altona.

Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 2 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Gewerkschaftshaus, oberer Raum.
Wichtige Tagesordnung. Kein Mitglied darf fehlen.
[M. 2,70] Der Vorstand.

Unsern werten Kollegen Joseph Trojan
nebst seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung!
[M. 3] Zahlstelle Görlitz.

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker

Frankfurt a. M.
Nur An der Schmiedtstraße 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich.
Telephon: Nur Städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Abteilung Bäcker (keine Nummer)

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker

Offenbach a. M.
Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

Nehme hiermit die Beleidigung gegen den Kollegen Pappenhagen zurück. [M. 1] L. Poesing.

Allen Hamburger Bäckern u. Konditoren empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben nach Maß unter Garantie für guten Sitz [M. 2,50] J. Schnaldt, Deichstr. 2 (b. Zentralmarkt).

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Verkehrslokal der Hamburger Mitglieder der Fabrikbranche.
Restaurant Webers Eck'
Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Strasse 77. [M. 4]
Vorzügliche Restauration.
Aushang der „Trierschen Konditorzeitung“ und sonstiger Fachliteratur. — Sonnabends Treffpunkt der Kollegen.

Bäcker und Konditoren kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für **Berufs-Kleidung** **Kohnen & Jöring, Berlin** Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12 Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Derfuss**, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 23. Oktober:
Bergedorf: 4 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. — Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Hannover (Gemeinsam): 3½ Uhr bei Wolf, Schillerstr. 4. — Sonneberg: 3 Uhr bei Eichhorn in Mengersgereuth. — Stadthagen: 4 Uhr bei Webberhahn, Schirnstraße.

Mittwoch, 26. Oktober:
München (Konditoren): Im Gasthof „Zum goldenen Lamm, Zweigstr. 4. — Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fahrstraße. — Traunstein: 2 Uhr „Zum Löwen“.

Donnerstag, 27. Oktober:
Coblenz: 4 Uhr, „Altes Kaufhaus“, Kronprinzstraße. — Cottbus: Bei Liebt, Schloßstraße 12. — Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus F 4, 8. — Stuttgart (Bäcker): In der „Boblerhalle“, Christophstr. 24.

Sonntag, 30. Oktober:
Aalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bant-Wilhelmsbaben: 4 Uhr bei Held, Grenzstr. 24. — Bayreuth: Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacherstraße. — Hamburg-Altona (Allgemeine Mitgliederversammlung): 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Dornigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Erford: Vorm. 9½ Uhr bei Hillert, Brüderstr. 2. — Schweinfurt (Öffentliche Versammlung für Bäcker und Konditoren): Vorm. 10 Uhr im Gasthof „Zum Wilden Mann“.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.